

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando
vierteljährlich 3.50 RM., monatlich 1.20 RM.,
wöchentlich 30 Pf., von und durch
Einzeln-Kauf 6 Pf., Sonntags-
blätter mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.,
Abonnement: 1.20 RM. pro Monat
eingetragen in die Post-Verzeich-
nisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich-Ungarn
1.50 RM., für das übrige Ausland
1 RM. pro Monat. Postabonnements
nehmen an Belgien, Dänemark,
Foland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 14. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Adressen
jeweils über deren Raum 60 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Inserate
und Bekanntmachungen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das fertige
Wort 20 Pf., (zweiwöchentlich 2 fertige
Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellenangebote und Schlußzeilen
jeweils das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Das Friedensangebot und sein Echo.

Koerber demissioniert — Spikmüller Ministerpräsident.

In Erwartung der Antwort.

Stimmen aus England.

Die angekündigte Sitzung des englischen Unter-
hauses ist zunächst von Dienstag auf Donnerstag,
dann aber wieder auf den Dienstag der nächsten Woche,
den 19. Dezember, verschoben worden. Ein Umwohlfen
des neuen Premiers, Lloyd George, soll den Anlaß
bilden. Man muß erwarten, daß Lloyd George nicht
früher wieder gesund werden wird, als bis sich
England und seine Verbündeten über die Antwort
geeinigt haben werden.

Diese Antwort wäre freilich schon vorweggenommen,
wenn sich die Nachricht bestätigte, daß Lloyd George
und Brien — nach Ueberreichung der Note? — tele-
graphische Versicherungen ihres Endkriegswillens
getauscht hätten. Solche Bereitwilligkeit ist aber
wenig wahrscheinlich auch für den, der seine
Offnung auf einen glücklichen Ausgang der
Aktion schon im voraus fast auf den Nullpunkt
herabgedrückt hat.

Von der Presse der feindlichen Kriegshöhe war
nichts anderes zu erwarten, als daß sie über das
Angebot der Mittelmächte zunächst ein wahres
Wutgeheul anstimmen würde. Die hier
eingelassenen Zeitungsstimmen haben also im
allgemeinen nichts Enttäuschendes. Selbst die
günstigste der bisher bekannten englischen
Stimmen, die der radikalen „Daily News“,
meint, die Alliierten könnten nicht auf
Friedensverhandlungen auf der von Bethmann
Hollweg angebotenen Grundlage eingehen.
Kennen die „Daily News“ sie denn? Das
Blatt fährt aber fort, die Alliierten müßten
ihre seit dem Feinde und der Welt ihren
Fall vorlegen und die Verantwortung für die
Annahme oder Ablehnung ihrer
Bedingungen als Grundlage auf Deutschland
abwälzen.

Diese Verantwortung wird Deutschland aber
gewiß erspart bleiben, wenn es nach den
Wünschen des liberalen „Daily Chronicle“
geht, das schreibt:

Wir fühlen den ganzen Schrecken des
Krieges für die Menschheit, wie Deutschland
jetzt zu tun behauptet, und es ist
offenkundig, daß wir das ehllicher fühlen
als Deutschland, da wir uns hart bemühen,
den Krieg abzuwenden, als Deutschland ihn
mutwillig herbeiführt. Deutschland kann
unter den von uns aufgestellten
Bedingungen Frieden haben. Wenn es
über diese Bedingungen irgendwie im
Zweifel ist, kann es sie von uns
jederzeit erfahren. Was uns selbst
betrifft, so verlangen wir immer und
tun es noch: die Entlassung der
preussischen militärischen Maschine,
die Auslieferung oder Vernichtung
der Flotte, und der ganzen
Artillerie Deutschlands, und wir
zweifeln, ob das Schreckgespenst
weiterer Betrügnisse, die zu einem
neuen Kriege führen würden, mit
weniger drastischen Bedingungen
beseitigt werden könne.

Es gibt keinen Menschen in
Deutschland, der diese „Friedensbedingungen“
nicht als irrsinnig empfinden würde.
Die „Times“ tut den deutschen
Konservativen sogar den unwahrscheinlichen
Gefallen, das Friedensangebot als ein
Zeichen deutschen Schwächebewußtseins
zu deuten:

Die Alliierten werden durch diese
zur Schau getragene Macht und
salbungsvolle Aufrichtigkeit nicht
gerührt werden, und wir glauben,
daß es sich mit den Neutralen, die
die Motive der Handlungen
Deutschlands während des ganzen
Krieges geprüft haben, ebenso
verhält. Deutschland hat schon
verlucht, die Vereinigten Staaten zu
einem Vermittlungsvorschlag zu
bewegen, sein Verzicht ist elend
müßig, und da es nicht glaubt,
daß irgend ein anderer neutraler
Staat einen aussichtsreichen
Vermittlungsversuch machen kann,
so verfolgt es als allerletzten
Ausweg durch ein indirektes
Angebot an die Kriegsführenden. — Das ist vor
allem ein Symptom dafür, daß
Deutschland sich seiner Schwäche
bewußt ist. Die Alliierten müssen
jede Idee einer Vermittlung, in was
immer für eine Form und von
wem immer für eine Seite, so lange
absolut zurückweisen, als die in
Vorschlag gebrachte Grundlage
der Triumphe der Macht und
nicht der des Rechts ist. Sie
müssen sich ebenso entschieden
weigern, über einen Waffenstillstand
zu verhandeln, bis die Länder,
die der Feind überlaufen hat,
zurückgegeben und entschädigt
sind.

Das Gebell der Kleineren, „Daily Mail“
und „Star“, interessiert nach diesen
Proben kaum mehr. Immerhin,
das eine titulierte die Deutschen,
aus Anlaß ihres Friedensangebots
„Einbrecher“, „Tiger“ und „Mörder“,
das andere erweitert die
Friedensbedingungen der „Times“
noch dahin, daß Konstantinopel
an die Russen und Elsass-Lothringen
an Frankreich abgetreten werden
müßte. Sonst nichts!

Ein Volk, das sich von solch einer
Presse seine Meinung machen
läßt, ohne — bisher wenigstens —
dagegen zu rebellieren, mag
vielleicht auch noch eine Zeitlang
eine Regierung ertragen, die es für
eine aussichtslose Prestigepolitik
in Tod und Elend jagt. So konnte
gestern in London der Minister-
präsident von Neuseeland,
Masse, noch Beifall finden, als er
erklärte:

Ich höre, daß heute nachmittags
im Deutschen Reichstag eine
wichtige Erklärung über eine
sofortige Eröffnung von Friedens-

Aus Wien meldet Wolffs Bureau
vom 13. Dezember: Die morgige
„Wiener Zeitung“ wird die
nachstehenden Allerhöchsten
Handschreiben veröffentlichen:
Lieber Dr. v. Koerber! Ich
nehme die Mir angebotene
Demission der österreichischen
Gesamtregierung an und
beauftragte Sie und Meine
übrigen Minister, die
Geschäfte bis zur Bildung
des neuen Kabinetts
weiterzuführen. —
Zugleich teile ich Ihnen
mit, daß ich Meinen
Geheimen Rat Dr.
Alexander von Spikmüller
mit der Bildung des
neuen Kabinetts
beauftragt habe.

Ein zweites Handschreiben,
das schon von Spikmüller
als Ministerpräsident
gezeichnet ist, beauftragt
diesen mit der Bildung
des neuen Kabinetts.

Die Gründe, die zu diesem
überraschenden Szenen-
wechsel in Oesterreich
geführt haben, sind im
Augenblick noch völlig
undurchsichtig. Daß sie
mit der auswärtigen
Politik in Zusammenhang
stehen, ist nicht
wahrscheinlich, viel eher
dürfte der Regierungs-
wechsel auf innere
Schwierigkeiten
zurückzuführen sein.

Die Berufung Koerbers zum
Nachfolger des ermordeten
Grafen Stürgkh war in
Oesterreich fast allgemein
beifällig aufgenommen
worden. Der nun plötzlich
aus dem Amte
geschiedene Minister-
präsident war vom
jungen Kaiser eben erst
in seinem Amte
bestätigt. Unter seiner
kurzen Regierung hat
die Bewegung der
Wiedereinberufung des
Baronens nicht
gerührt, sie ist aber
auch nicht zu ihrem
Ziel gekommen,
obwohl ihre Anhänger
gerade auf Koerber
große Hoffnungen
gelebt hatten.

Die dritte Minister-
präsidentschaft Koerbers
hat nur vom 27. Oktober
bis zum 13. Dezember,
47 Tage, gedauert.

Der neue Minister-
präsident Dr. v. Spikmüller,
früher Direktor der
österreichischen
Kreditanstalt, war
seit 1. Dezember 1916
im Kabinett Stürgkh
Handelsminister
und als solcher mit
den Fragen der
mitteleuropäischen
Wirtschaftsvereinigung
besonders beschäftigt.
Sein Name bedeutet
keine bestimmte
politische „Neuorientierung“.
Erst die
Kabinettsbildung, die
sich unter seiner
Leitung vollzieht,
wird zeigen, ob von
ihm eine neue
Richtung in der
inneren Politik
Oesterreichs zu
erwarten ist.

berhandlungen abgegeben
worden ist. Das möge
der Standpunkt der
Deutschen sein, aber
ich glaube nicht, daß
er auch unser ist.
Wir werden über den
Frieden sprechen —
ich spreche vom
Standpunkt des
Reiches — sobald
wir die Zeit dazu
für gekommen
halten. Das ist
alles, was ich
darüber zu sagen
habe.

Dabei mag doch
mancher vernünftige
Engländer gedacht
haben, daß ein
Neuseeländer gut
reden hat! Aber die
Stimme der
Vernunft hat heute
in England nur in
einigen
Wochenblättern
Geltung, wie im
„Labour Leader“
und in der
„Nation“. Eine
Revolution der
öffentlichen
Meinung kann
sich vorbereiten,
aber sie kann
sich nur durchsetzen
gegen Diktatur
der Pressege-
waltigen vom
Londoner
Strand. Es ist
ein weiter Weg
nach Tipperary,
es ist ein weiter,
weiter Weg!

Man darf in diesem
Zusammenhang
daran erinnern,
was der frühere
liberale
Unterstaatssekretär
Trevelyan, der
bei Kriegsausbruch
aus dem Kabinett
auschied, am 5.
Dezember an den
Präsidenten Wilson
geschrieben hat:

Wenn man von mir
verlangt würde, ich
sollte in aller
Kürze die Haltung
der Masse meiner
Landsleute erklären,
so würde ich sagen:
Sie hat den Krieg
berzlich satt, sie hat
keine Kenntnis
davon, daß die
Deutschen
kriegsmüde sind
und die deutsche
Regierung
gewillt ist, in
Verhandlungen
einzutreten. Sie
hält deshalb die
Friedenssichten
für hoffnungslos
und ist somit
noch nicht bereit,
für den Frieden
einzutreten. Wenn
man aber dem
gewöhnlichen
Engländer zum
Bewußtsein bringt,
daß Deutschland
bereit sei, einen
vernünftigen
Frieden
abzuschließen,
seine Eroberungen
aufzugeben und
vor allem
Belgien zu
räumen, und bei
dessen Entschädigung
mitzuwirken, so
wird sich ein
rascher und
gründlicher
Umschwung in
der öffentlichen
Meinung vollziehen.

Die Haltung Amerikas.

Aus Washington
meldet Reuter vom
12. Dezember: Im
Namen Wilsons
wird erklärt, daß
er sich sehr für die
Vorschläge
interessiere, aber
keine Erklärung
abgeben werde,
bis er wisse,
welche Aufnahme
ihnen von den
Entente-Mächten
bereitet wird.

Einige amtliche
Kreise geben der
Ansicht Ausdruck,
die Mittelmächte
hätten den Antrag
gestellt, weil sie
überzeugt seien,
es bestehe keine
Hoffnung, daß
Wilson die
gewünschten
Anerbieten
gegenwärtig
machen werde.
Die neutralen
Diplomaten
zweifeln, ob von
Deutschlands
etwas
theatralischen
Anregungen
irgendwelche
Erfolge
erwartet werden
können.

(Die Meldung trägt
den Stempel
englisch offiziöser
Stimmungs-
macht an der
Stirn. Red. d. „Vorw.“)

Die erste Stimme aus Frankreich.

Paris, 13. Dezember. (W. L. B.)
Meldung der Agence
Havas. „Petit Journal“
schreibt über den
Inhalt der dem-
nächstigen
Erklärung Briands
über die
Friedensnote:
„Die Note darf
nicht als etwas
aufgefaßt werden,
was die Welt
umstürzen wird.
Sie ist eine
Handlung, die
stark anderen
vorhergegangenen
ähneln. Sicherlich
ist sie betonen,
aber sie bleibt
immer ein
Manöver, das
darauf abzielt, die
Stimmung in
den alliierten
Ländern zu
beruhigen und
die Alliierten zu
entzweien.
Trotz aller
Siegesgefänge
bleiben in
Deutschland
Besorgnisse
genug, um das
neue Manöver
seiner leitenden
Persönlichkeiten
zu erklären.“

Eine Rede Tiszas.

Zur selben
Stunde wie
Bethmann im
Reichstag sprach
Graf Tisza im
ungarischen
Parlament. Er
sagte, der in
der Note
vertretene
Standpunkt
sei für die
Mittelmächte
nicht neu.
Nachdem er
über die
Entstehung
des Krieges
die schon
bekannten
Anschauungen
entwickelt
hatte, fuhr
er fort:

Wir haben
das Schwert
ohne jeden
Gedanken an
Eroberung
und ohne
habeerfüllte
Absicht auf
Vernichtung
unserer
Gegner
ergriffen. Wir
waren stets
vor dem
Krieg, dann
im Augenblick
seines
Ausbruchs
und auch
während
der ganzen
Dauer bereit,
Frieden zu
schließen.
Der Grund,
daß wir in
feierlicher
Form die
Aussage
unserer
Friedensabsicht
nicht früher
veranstaltet
haben, war,
daß wir
einem solchen
Feinde
gegenüberstand,
der auf unsere
Vernichtung
ausging und
dem wir
dabei ein
Friedensangebot
nur dann
machen
konnten,
als es
jemand in
den Sinn
kommen
konnte, ein
Zeichen
der Schwäche
da zu
erblicken.

Wir glauben,
daß jetzt,
wo die im
Sommer
begonnene
große
Offensive
als gescheitert
betrachtet
werden kann,
wo der
letzte
Triumph
der
Einnahme
Rumäniens
bergeblisch
ausgespielt
und wo
eben wegen
der

Erfolge in Rumänien

auch der
Aushungerungs-
plan
verreitet
worden ist,
der geeignete
Augenblick
gekommen
ist, um ein
Friedensangebot
zu machen.
Unser
Minister
des
Aeußeren
hat sich
deswegen
mit den
Bundesgenossen
in Verbindung
gesetzt und
diese
Anregung
ist
sympathisch
ausgenommen
worden.
Im
vollsten
Einvernehmen
und nach
reiferer
Ueberlegung
haben sich
sämtliche
Mächte
des
Bündnisses
entschieden,
das
Friedensangebot
zu stellen.
Es ist
jetzt
Sache
unserer
Gegner,
dazu
Stellung
zu nehmen.
Sie
stehen
vor
einem
Entschluß
von
einer
Bedeutung,
wie
er
nur
ganz
vereinzelt
in
der
Geschichte
dasteht.
Wenn
sie
wollen,
können
sie
den
Krieg
fortsetzen,
aber
der
Krieg
kann
von
ihnen
nur
mehr
ohne
jede
Hoffnung
auf
Erfolg
und
ohne
jede
Aussicht
auf
irgend
ein
Ergebnis
weitergeführt
werden.
Wenn
es
Sünde
ist,
einen
Krieg
in
der
Hoffnung
auf
Machterweiterung
zu
entfesseln,
so
ist
die
Sünde
noch
tausendmal
größer,
ihn
fortzusetzen,
wenn
auch
diese
Hoffnung
geschwunden
ist.

Wenn
unser
Friedensangebot
einen
entsprechenden
Widerhall
bei
unseren
Gegnern
finden
wird,
so
wird
die
Herstellung
des
Friedens
nach
meiner
Ueberzeugung

keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten

begegnen.
Meiner
Ueberzeugung
nach
sind
die
Friedens-
anerbietungen,
die
wir
ihnen
stellen
würden,
annehmbar
und
geeignet
zur
Herstellung
eines
dauernden
Friedens.
(Allgemeine,
lebhaft
Zustimmung.)
Wenn
unser
Gegner
diesen
Weg
betreten,
so
werden
sie
bei
uns
auf
ehrliche
und
loyale
Aufnahme
rechnen
können.
Wenn
die
Gegner
jedoch
den
Krieg
fortsetzen
wollen,
so
wird
der
Krieg
weitergeführt,
und
wegen
des
Ergebnisses
kann
kein
Zweifel
sein.
Wir
haben
in
den
schwierigsten
Zeiten
des
Krieges
standgehalten,
und
wer
kann
zweifeln,
daß
wir
den
Krieg
nicht
auch
weiterhin
siegreich
führen
werden.
Die
Verantwortung
trifft
diejenigen,
welche
die
offen
und
mannhaft
zum
Frieden
ausgestreckte
Rechte
zurückgewiesen
haben.
(Weil.)
Wir
werden
diesen
Schritt
auch
dann
nicht
bereuen,
wenn
er
kein
Entgegenkommen
finden
sollte.
Wir
werden
dann
in
dem
ruhigen
Bewußtsein
den
Krieg
fortsetzen,
daß
wir
den

ehrsichen und ersten Versuch

unternommen
haben,
der
verheerenden
Arbeit
des
Kriegesdämons
ein
Ende
zu
machen.
(Webhafte
Zustimmung
auf
allen
Seiten
des
Hauses.)

Die
Rede,
die
an
vielen
Stellen
von
Zeichen
der
Zustimmung
unterbrochen
wurde,
wurde
am
Schluß
mit
allgemein
lebhaftem
Beifall
ausgenommen.

Hierauf
sprachen
die
Vertreter
der
einzelnen
oppositionellen
Fraktionen,
die
ihre
rückhaltlose
Zustimmung
zu
dem
Friedensangebot
ausdrückten.

Schweizer Stimmen.

Der
Bernener
„Bund“
nennt
den
12.
Dezember
einen
historischen
Tag
erster
Ordnung
und
sieht
das
Große
und
Bleibende
darin,
daß
der
Bierbund
zu
einer
Zeit,
wo
er
selbst
nach
dem
Zugeständnis
seiner
Gegner
militärisch
im



Vorteil ist, der anderen Mächtegruppe in der Note den Vorschlag macht, in Friedensverhandlungen einzutreten. Im übrigen will er sich „keinen überhöhten Erwartungen hingeben“. Das „Berliner Tageblatt“ hebt die große Bedeutung der Friedenshoffnung für die Neutralen hervor, und das „Intelligenzblatt“ meint: „Die Verantwortlichkeit derjenigen Regierung aber, die sich weigern würde, dieser Konferenz beizutreten, würde ins Ungemessene gesteigert werden.“

Selbst das westschweizerische „Journal de Genève“ meint: In dem Augenblick, in dem Frankreich, England, Rußland und Italien ihren Entschluß bestätigen, bis zum Endsieg zu kämpfen und wo drei dieser Länder im Gedanken an den Kampf bis zum äußersten ihre Regierungen reorganisieren, wird der Vorschlag der Mittelmächte im Anschluß an ihren erdrückenden Sieg über Rumänien ungeheuren Eindruck machen. Bei vielen wird der Vorschlag Freude und Hoffnung erwecken, bei anderen Zweifel und Furcht. Der Vorschlag könnte auch einen Zwiespalt unter den Alliierten hervorrufen.

Das Deutschland wahrhaftig nicht wohlgefunde Blatt schreibt:

„Sollte es wenigstens für die im Felde Stehenden zu einem Waffenstillstand kommen, der erlauben würde, Weihnachten ohne Blutvergießen zu feiern, so würde dieser Aufschub des schrecklichen Mordens überall begrüßt werden.“

### In der Sobranje.

Sofia, 12. Dezember. Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Die Note des Viererbundes wurde nachmittags vom Ministerpräsidenten Radoslawow in der Sobranje vor überfülltem Hause verlesen und mit lebhaftem langanhaltendem Beifall aufgenommen. Der Ministerpräsident fügte hinzu, daß von der Note den verbündeten Armeen Mitteilung gemacht wurde, die ihre Stellungen behalten und ihre Aufgabe bis auf weiteres erfüllen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

## Das Inlandsecho des deutschen Friedensangebots.

Das Friedensangebot der deutschen Regierung steht bemaßen im Vordergrund aller Betrachtungen der Presse, daß es schwer erscheint, auf beschränktem Raume auch nur das Allerwichtigste wiederzugeben. Der Gesamteindruck bietet keinerlei Ueberraschung. Wie sie schon im Reichstag die Opposition gegen die Friedenspolitik der Regierung durch die Herren Westarp und Wasser mann anknüpfte, die dabei auch die kurzfristige Unterstützung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft genossen, so zeigen sich auch die Blätter, die bisher eine schärfere Kriegsführung und weit gesteckte Eroberungsziele forderten, von dem Schritt der Regierung wenig erbaut.

Werdings lassen sie dabei eine gewisse Vorsicht walten. Man will sich nicht dem Vorwurf aussetzen, durch ungemäßigte Sprache die Wirkung des Friedensangebotes von vornherein herabzusetzen zu haben. Nachher wird sich alles finden. Eine Ausnahme machen die „Berliner Neuesten Nachrichten“, die schon jetzt unverhüllt zur frischfröhlichen Kanzlerhebe blasen. Drei gemessene Spalten lang tobt sich ihr Horn über Bethmann im allgemeinen und das Friedensangebot im besonderen aus. Kraftstellen sind kaum zu zitteren, da alles eine einzige Kraftstelle ist.

Die konservative „Kreuz-Zeitung“ beginnt ihre Ausführungen mit dem Satz:

Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß die übermäßige Betonung unserer Friedensliebe dem Frieden nichts nützen könne, wohl aber unserer Sache Schaden müsse.

Ihre Beschränkung geht weniger dahin, daß die Gegner des Friedensangebotes als Zeichen der Schwäche ausdentet werden (darüber ist sich ziemlich die Presse aller Richtungen einig, daß ein solcher Versuch ausserhalb der Kriegstatsachen wenig Erfolg haben würde), als vielmehr darin, daß den Feinden durch das deutsche Angebot eine Möglichkeit geschaffen wird, eine ihnen bevorstehende Katastrophe abzuwenden. Die Feinde stehen nach Ansicht der „Kreuz-Zeitung“ vor dem Zusammenbruch:

Da kann ihnen schon ein Friede, der zwar nicht die Verschmelterung des Gegners bringt, der aber doch auch nicht das Gesicht der Niederlage hat, als willkommenere Ausweg gelten.

In einem solchen Frieden würden wir für uns eine große Gefahr sehen.

In ihrer Abendausgabe polemisiert die „Kreuz-Zeitung“ gegen den „Vormarsch“. Wir können überhaupt konstatieren, daß die Namen „Vormarsch“ und „Scheidemann“ in den alldeutschen Preßstimmen zum Friedensangebot einen Häufigkeitsrekord erreichen, sie werden mit Vorliebe neben dem Bethmanns und der deutschen Regierung genannt, zu welchem Zwecke ist klar.

Die freikonservative „Post“ gibt zu, daß der deutsche Versuch, Friedensverhandlungen in die Wege zu leiten, rein historisch und absolut genommen sich rechtfertigen lasse.

Ein anderes freilich ist es, ob wir in dem gemeinsamen Vorhaben der verbündeten Mittelmächte das Walten politischer Zweckmäßigkeit erkennen wollen. Hier wird es nicht an Stimmen fehlen, die Bedenken erheben.

„Schärfere Fassung tut not“, überschreibt die „Post“ ihren Artikel und erläutert diese Worte dahin, daß eine „kräftigere Fassung der amtlichen Kundgebung glücklicher zu Gesicht gestanden hätte“.

Das Friedensangebot an sich ist ja, wenn wir die Umstände sorglich wägen, nicht der Schwerpunkt, um den unsere Interessen kreisen; viel lebhafter fesseln unsern Sinnen und Tacten die Bedingungen der allgemeinen Lage, die eintreten werden, sobald das deutsche Angebot Ablehnung findet. Wir wissen, daß die Lösung dann heißen muß: Krieg bis aufs Messer! Und hierin eben besteht die deutsche Note der Ergänzung durch ein kräftiges Wort, noch besser durch eine grobe Tat, wenn sie recht eigentlich zur Fanzare der deutschen Zuversicht werden soll.

Die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ beschwert sich eingangs ihres Artikels, daß das deutsche Volk und seine Vertretung, abermals vor eine vollzogene Tatsache von weittragender Bedeutung gestellt worden ist. Sie erwartet als Antwort des Friedensangebotes Hohn und Spott der Feinde, aber das schadet nichts an Gesicht der günstigen Kriegslage.

Schlimmer ist die Wahrscheinlichkeit, daß unsere Feinde auf unser Friedensangebot mit unerfüllbaren Friedensvorschlägen antworten, Scheinverhandlungen pflegen und so die Kriegsführung unseres Volkes und die unserer Verbündeten zu erschüttern versuchen, und endlich mit Hilfe des neutralen Amerika den letzten Druck ausüben. Es ist die Pflicht unserer Diplomatie, die die ungeheure Verantwortung dieses Schrittes allein übernommen hat, den Gefahren, die sich durch eine Verzerrung und Verwirrung der Angelegenheit ergeben, rechtzeitig zu begegnen nach innen und nach außen.

Der parteilose „Berliner Lokal-Anzeiger“ begrüßt den Schritt der Regierung und betont, daß er den Krieg vom ersten Tage an als Verteidigungskrieg betrachtet habe. Für den Fall einer ablehnenden Antwort stellt er einen verschärften Krieg in Aussicht:

Denn in diesem Falle wird die mitleidlose, sich jeden Kriegsmittels bedienende Fortsetzung des Krieges die einmütige Billigung aller Deutschen, Oesterreicher, Ungarn, Bulgaren und Türken finden, und die Verantwortung dafür wird auf den Regierungen und den Parlamenten laßen, die diesen Krieg herbeigeführt haben und ihn nicht beenden wollen, bevor sie vernichtet sind.

In dasselbe Horn stößt Georg Bernhardt, der für die „Vossische Zeitung“ schreibt. Er bezeichnet das Friedensangebot als „eine Tat“, die seine weitgehende Billigung findet, läßt aber den Schluß seines Artikels in die Drohung verschärfter Kriegsführung für den Fall der Ablehnung ausklingen.

Nimmt man daher nicht den Frieden, den wir freiwillig bieten, so werden wir den Frieden mit dem Schwerte und mit allen Mitteln des Landkrieges, des Seekrieges und des Luftkrieges erzwingen. Die Schnelligkeit unserer Heere hat bisher schon beim Feinde schreckhaftes Ersauern hervorgerufen. Diese Schnelligkeit wird sich vermehren. Und die Rücksichten, die wir bisher noch haben walten lassen, müssen in Zukunft fortfallen. Dann wird sich keiner mehr über das Beklagen äußern, was geschieht. Kein Feind und kein Neutraler.

Der unterseebootartig unter der Oberfläche dieser Worte verborgene Sinn ist leicht zu erraten. Aber auch Georg Bernhardt sollte bedenken, daß zum mindesten die Neutralen an einer Ablehnung unseres Friedensangebotes unschuldig wären.

In der „A. Z.“ am Mittag äußern sich vier Parlamentarier verschiedener Parteien: Konrad Haußmann (Sp.), Erzberger (Z.), Schiffer (natl.) und Wolfgang Heine (Soz.), alle vier wesentlich zustimmend. Konrad Haußmann schreibt unter anderem:

Die Diplomatie des Kanzlers ist ehrlich und ihre Begründung setzt Deutschland offen in Einklang mit den sittlichen Geboten der Menschheit haben und drüben. Sie löst in den Entente-ländern den Riesenruck der unpolitischen Bevölkerung auf die Regierungspolitik aus. Bethmann, der eheliche Kanzler, hat stattliche Mehrheiten hinter sich: alle Frauen der Welt, alle Soldaten an allen Fronten, alle Bauern, alle Arbeiter und alle übrigen vernünftigen Leute, in allen kriegführenden Ländern.

Von Schiffer möchten wir folgenden Satz zitieren:

Durch die gestrige Friedenskundgebung haben wir die Feinde, die wir bereits unter hartem militärischen Druck hatten, nun auch in die Range politischer und moralischer Verantwortung genommen.

Aus den Ausführungen Wolfgang Heines heben wir folgendes hervor:

Namentlich muß ich darauf hinweisen, daß die sozialdemokratische Partei vom ersten Tage an stets den reinen Verteidigungscharakter des Krieges auf Seiten Deutschlands hervorgehoben und allem widersprochen hat, was ihn unnötig verlängern könnte. Wir haben genügend Einblick gehabt in die Auffassung der leitenden Stellen, um zu wissen, daß auch dort ein tiefes Gefühl der Verantwortung herrscht und man stets himmelweit entfernt war von dem bramarbasierenden Geschrei gewisser „Staatsmänner“, das im Auslande die öffentliche Meinung leider immer noch vorwiegend beherrscht, in Deutschland glücklicherweise keinen bestimmenden Einfluß ausüben kann. Darum kommt uns auch die mutige und schöne Tat unserer Regierung nicht überraschend.

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt nochmals Theodor Wolff, ferner der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Haas-Karlruhe. Der letztere führt unter anderem aus:

Der deutsche Reichstag hat mit großer Mehrheit die Politik des Kaisers und des Kanzlers gebilligt und mit Recht beschlossen, daß des Kanzlers Rede, die keines Kommentars bedarf, keiner Erörterung unterzogen wird. Die Mehrheit des deutschen Reichstags, die Mehrheit des deutschen Volkes steht hinter den Worten des Kanzlers. Falsch wäre übrigens die Annahme, daß National-liberale und Konservative, weil sie eine Diskussion wünschten, geschlossen oder nur mit großer Mehrheit den Friedensschritt, den unsere Regierung unternimmt, mißbilligen würden. Es gibt keinen Deutschen, der den Frieden nicht wünscht.

In der Provinzpresse ist die Haltung zum Friedensangebot, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, überwiegend zustimmend. Die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ sieht in dem Angebot den „größten der vielen Beweise der Stärke und der Zuversicht, die Deutschland erbracht hat, warnt aber vor weitgehendem Optimismus auf einen baldigen Friedensschluß. Wesentlich kühler verhält sich die „Kölnische Volkszeitung“ (Zent.), die in letzter Zeit mehrfach durch Proklamierungen weitgehender Annerkennung aufgefallen ist. Die linksliberale „Frankfurter Zeitung“ schreibt:

Das ist eine Tat, die sich denen unserer Waffen gleich groß an die Seite stellt und die allen wahrhaften Freunden des Friedens gegen muß, welches eigentlich das Wesen Deutschlands ist. Reuegerungen der Parteipresse liegen zur Stunde noch nicht vor.

## Das neue Kabinett Briand.

Die Umbildung des französischen Ministeriums ist abgeschlossen. Sie ergab sich aus ähnlichen Kriegsurkunden wie die Kabinettskrise in England, aber der Vorgang vollzog sich nach außen hin in wesentlich weniger erregten Formen. Die Kriegsoxyden, unerhört groß und schwer, haben nicht das erbracht, was riesige Hoffnungen für das ablaufende Jahr erwarteten. Sinter verschlossenen Türen hat alsdann die Kritik gearbeitet und hinterdrein dem Ministerium Briand mit 160 Stimmen Minorität abschließend gesagt, wie es mit dem Vertrauen des Parlamentes zu seinen Leistungen bestellt ist. Der Ruf nach dem Diktator deutete die Linie an, auf der die Neubildung der Kabinetts gesucht werden sollte. Es war die Linie, auf der auch Lloyd George geschritten ist. Aus dem Kabinett der Vielen wurde ein Kabinett von Wenigen gemacht, das den Drei, der auf dem Höhenherde des Weltkrieges köcht, besser vor dem Verderben hüten soll.

Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsch und Auseres: Briand, Justiz und Unterricht; Bidani, Finanzen; Ribot, Inneres; Malvy, Krieg; General Biaute, Marine; Admiral Lacaze, Volkswirtschaft (Handel, Industrie, Ackerbau); Clementi, Transport, Zivil- und Militärversorgung; Herriot, Kolonien; Doumergue, Bewaffnung, Herstellung von Kriegsmaterial; Albert Thomas. Und weiter wird amtlich gemeldet, daß General Rivelle zum Oberkommandierenden der Armeen im Norden und Nordosten und General Gouraud als Nachfolger Biaute zum Generalresidenten Frankreichs in Marokko ernannt worden ist.

Eines ist der Kabinettskrise diesseit wie jenseit des Kanals also gemeinsam: sie ging auf eine Lösung aus, die das Vertrauen des Landes zur Kriegsführung aufs neue anzufachen soll. Aber ein Unterschied stellt sich nach Abschluß der Krise ein: bei der englischen Neubildung reizen zweifellos am meisten die Männer, die das Gest in die Hand genommen haben, während bei der französischen zunächst die über Bord gesetzten Persönlichkeiten besondere Beachtung erzwingen. Und wiederum hängt das weniger zusammen mit der Ersetzung Joffres durch den Verteidiger von Verdun, weniger auch mit dem Verschwinden des Kriegsministers Roues, der noch eben in Athen und Saloniki den Kessel gefährlich überheizte und der nun gegen den Marokkogeneral Biautey ausgetauscht

wird, und am allertwenigsten wirkt dabei die Beseitigung der dekorativen Namen Combes, Freycinet und Denis Cochin. Das politisch Bemerkenswerte stellt einzig die Erledigung der zwei sozialistischen Minister Sembat und Guesde dar.

Lloyd George hat drei Vertreter der Arbeiterklasse in seiner Nähe gehalten, Briand aber mindert die sozialistische Frucht seines Kriegsbrandes. Wie die Dinge liegen, ist nicht anzunehmen, daß er diese Erleichterung gesucht hat: er wird vielmehr gezwungen gewesen sein, sie in Kauf zu nehmen. Durch das Verbleiben Thomas' im Ministerium wurde immerhin der Ausdruck der „Heiligen Einigkeit“ gewahrt. Aber sie erscheint nun beschwert mit der Frage, wie es kam, daß Thomas blieb, als Guesde und Sembat gingen, ohne von Parteifreunden erseht zu werden.

## Die Vorgänge in Griechenland.

### Entente-Admiral Jounet abberufen.

Frankfurt a. M., 13. Dezember. (W. Z. B.) Nach einer Kavalmeldung der „Frankfurter Zeitung“ ist der französische Admiral Dartige du Jounet, der das Geschwader der Entente im Piräus kommandiert, abberufen worden. Viceadmiral Gaucher wurde an seiner Stelle zum Chef der ersten Marinearmee ernannt.

London, 12. Dezember. (W. Z. B.) Aus dem Piräus wird dem „Daily Telegraph“ vom 9. Dezember gemeldet: Die Regierung hat, um Kohle zu sparen, die Einschränkung des Dienstes der Eisenbahnen und Trambahnen angeordnet. Das ganze Getreide, das im Piräus aufgestapelt lag, ist in aller Eile nach Athen gebracht worden. Ueber sechs tausend Venezianer haben hier Zuflucht gesucht, die Verhandlungen in Athen dauern fort.

### Läßt die Entente Venizelos fallen?

Bern, 13. Dezember. (W. Z. B.) „Corriere della Sera“ meldet aus Athen: In einer an die Presse übermittelten Note erklären die Entente gesandten den an General Korafas gesandten Brief von Venizelos nicht zu kennen und nichts getan zu haben, um Venizelos in Athen mit Gewalt zur Herrschaft zu bringen. Die Ereignisse haben bewiesen, daß Venizelos mit Gewalt versuchte, die Athener Regierung zu übernehmen, indem er erklärte, von Frankreich und England voll unterstützt zu sein. Venizelos ging nicht nur ohne Wissen der italienischen Regierung vor, sondern auch gegen deren Wunsch, wobei er seinen Freunden gegenüber angab, daß man unter der Entente nur Frankreich und England verstehen dürfe. Mit der heutigen Note der Ententeminister wird zu verstehen gegeben, daß man diese Politik, die, wie die Ereignisse bewiesen haben, verfehlt und gefährlich ist, nicht fortsetzen darf. Es ist gut, daß mit den falschen Hoffnungen auf Venizelos endlich gebrochen wird.

## Der empfindliche Dorn Zeebrügge.

Die häufigen englischen Angriffe auf Zeebrügge macht eine Betrachtung über den strategischen Wert des Plages, die im „Daily Express“ zu lesen ist, verständlich. Die Frage, warum Zeebrügge und Ostende nicht einfach durch ein Landungsmanöver genommen würden, sei so unklar, schreibt im genannten Blatte am 2. Dezember H. C. Ferraby, daß sie nicht beantwortet zu werden brauche, aber die Zerstörung von Zeebrügge verdiene schon eher erörtert zu werden. Dreimal hätten Beschießungen von der See aus stattgefunden, eine Wiederholung aber sei durch die großkalibrigen Geschütze, welche die Deutschen nach der ersten Beschießung eingebaut hätten, jetzt wenig aussichtslos. Immerhin könne eine Beschießung nur Jwed haben, wenn sie als Vorbereitung für einen Landungsangriff diene, man habe dies vor Galipoli gesehen. Ein Luftangriff würde schon eher Erfolg versprechen, wenn aber auch Tagesangriffe mit Flugzeugen mehr Nutzen hätten als die nächtlichen deutschen Zeppelinangriffe, so sei doch andererseits die Möglichkeit, durch Bombenabwurf zu wirken, noch nicht groß genug. Auf alle Fälle sei auch diese Frage nicht leicht zu lösen. Zeebrügge werde zwar nie die Sicherheit der englischen Küste bedrohen, sei aber ein empfindlicher Dorn im britischen Fleisch, solange die deutschen Heere im Besitz der belgischen Küste seien.

## Die Kämpfe in Rumänien und Mazedonien.

### Zum Vormarsch in der großen Walachei.

Im Anschluß an die rasch nach einander erfolgenden Ueberkreuzungen der Donau durch die Bulgaren bei Lutran—Oltenia, Silistria—Galarafski und Cernavoda schreibt die „Kölnische Zeitung“: Das Vordringen der Donau-Armee nach Osten drohte, die feindlichen Fluchbewegungen im Rücken zu fassen und abzuschneiden und führte damit ihren Abmarsch in östlicher Richtung herbei, wohin auch die Gruppe ausgewichen ist, die den vergeblichen Stoß gegen den rechten Flügel der Donau-Armee gemacht hatte. Von Oltenia—Silistria an bildet die Donau ein Gewirr von Inseln und Auen mit Kämpfen und toten Wässern. Ein Zweigarm des Stromes, die Vercea, die erst am Einfluß der Jalomita, Diftowa—Planowa gegenüber, wieder in ihn mündet, trennt die Balla-Insel ab, welche die Brücke von Tschernawoda benützt. Auch weiter unterhalb ist das linke Ufer verumpft und von unzähligen kleinen Armen begleitet. Dieser Zustand dauert bis Braila und Galay an. So gibt der nördlich gerichtete Lauf der Donau eine starke Flankenicherung für eine Armee, die in der großen Walachei operiert. Die 9. Armee ist über den nördlichen Teil des Jalomita-Abflusses auf der Stroge Ploesti—Buzau bereits hinaus, weiter südlich hat sie ihn bei Raccam überschritten, einem Städtchen, das etwa die Spitze einer auf der Grundlinie Ploesti—Bularest errichteten gleichschenkeligen Dreiecks ist. Die Armee Gallenbahn hat dabei schärfsten Widerstand brechen müssen, während die Donauarmee geringeren vor sich fand, meist nur durch Reiterei. Das Regenwetter und schlechte Wege verlangsamten den Vormarsch, der aber gut vorwärts geht. Die Flüsse führen Hochwasser und die Uebergänge sind meistens zerstört. Die ganze Front muß eine Schwenkung nach Nordosten machen, deren Drehpunkt östlich Ploesti liegt. Die Bewegungen der einzelnen Teile werden durch die Geschwindigkeit beeinflusst, mit welcher der Südflügel vorwärts kommt, der bei der Eindrechung der Front den weitesten Weg zurückzulegen hat.

### Der Kampf im Cerna-Vogen. — Verfolgung in der östlichen Walachei.

Sofia, 12. Dezember. Feeresbericht vom 12. Dezember. Mazedonische Front. In der Gegend von Bitolia nichts Bemerkenswertes. Im Cerna-Vogen unternahm der Feind gegen Mittag nach heftiger Artillerievorbereitung einen Angriff gegen die Linie Paralovo—Malovo, der mit den größten Verlusten für ihn scheiterte. Nach neuer Artillerievorbereitung unternahm der Gegner einen neuen Angriff gegen die Höhe östlich von Paralovo, aber auch dieser Angriff scheiterte vollständig. Ostlich der Cerna bei Cernadniga schlugen unsere Einheiten einen Angriff zurück. Auf dem rechten Ufer des Warbar lebhaftes Artillerietätigkeit und



# Der Vormarsch auf Buzen.

**Vordringen auf ganzer Front in Rumänien. — Letzter feindlicher Widerstand an der Jalomita. — 4000 Gefangene an der Straße nach Buzen. — Kämpfe an der siebenbürgischen Ostfront.**

Amtlich. Großes Hauptquartier, 13. Dezember 1916. (W. Z. B.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Außer zeitweilig lebhafterem Artilleriefener im Sommer- und Maas-Gebiet, sowie nördlichen Patrouillen-Zusammenstößen bei allen Armeen keine größeren Kampfhandlungen.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts Wesentliches.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph.

In den Waldkarpaten vielfach eigene erfolgreiche Patrouillenkämpfe.

An der siebenbürgischen Ostfront wiesen auch gestern deutsche und österreichisch-ungarische Truppen Angriffe der Russen im Ghergo-Gebirge und beiderseits des Trotus-Tales ab. Dem weichenden Gegner nachdrängende Aufklärungsabteilungen stellten erhebliche Verluste des Feindes fest und brachten Gefangene zurück.

Secesgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der Feind, der sich, durch russische Kavallerie verstärkt, an der stark angeschwollenen Jalomita nochmals festgesetzt hatte, ist wieder in vollem Rückzuge nach Nordosten.

Die Donau- und neunte Armee bringen auf der ganzen Front nach. An der Straße nach Buzen gewannen wir erheblich Gelände und machten gestern dort und im Gebirge wiederum über 4000 Gefangene.

## Mazedonische Front.

Nach den Niederlagen der letzten Tage herrschte Ruhe an der Cerna, Struma und Küste.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

## Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 13. Dezember, abends. Vorübergehend auflebendes Feuer an der Somme und auf östlichem Maasufer.

Die 9. Armee nähert sich Buzen. Deftlich der Cerna haben neue serbische Angriffe eingesetzt.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 13. Dezember 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird verlautbart:

### Deftlicher Kriegsschauplatz.

Secesgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der feindliche Widerstand an der Jalomita wurde gebrochen, der weichende Gegner wird verfolgt.

Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen nähern sich Buzen. Die Rumänen liegen abermals 4000 Gefangene in unserer Hand.

Secesfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Die russischen Angriffe westlich und nordwestlich von Orna gehen fort. Sie blieben auch gestern völlig ergebnislos. Bei der Armee des Generalobersten von Koevich herrschte, nachdem in den Frühstunden die verlustreichen Anstürme der Russen zusammengebrochen waren, verhältnismäßig Ruhe.

Secesfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Außer erfolgreichen Streifungen an der Dyrrhysa-Solotwinka nichts von Belang.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz. Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Hofer, Feldmarschallsleutnant.

Gefechte zwischen Wachabteilungen. Auf dem linken Ufer des Bardar spärliches Feuer der feindlichen Artillerie. An der Struma schwaches Feuer der feindlichen Artillerie. Patrouillengefechte am Unterlauf der Struma. An der Front des Ägäischen Meeres beschossen feindliche Schiffe wirkungslos die Häfen von Cavalla und bei Matri. Feindliche Lufttätigkeit ohne Ergebnis in der Umgegend von Porto Lagos.

Rumänische Front: In der Dobrudscha auf beiden Seiten spärliches Artillerie- und Infanteriefener. In der östlichen Balachei setzen die Truppen der Verbündeten die Verfolgung fort.

Der französische Bericht vom 12. Dezember meldet von der Orientarmee. Auf dem rechten Ufer des Bardar haben wir fünf kleine bulgarische Posten südlich des Schumigastflusses genommen. In dem gesamten Gebiet nördlich von Monastir hielt der Schnee die Operationen an. Der Artilleriekampf geht auf beiden Seiten heftig weiter. Ein feindliches Flugzeug wurde an der Strumafont abgeschossen. Unsere Flieger bewarfen feindliche Lager in der Gegend von Doiran und in Bardaral.

Der englische Bericht vom 11. Dezember meldet von der Siedebürgischen Front: In der Gegend des Dorfes Salepuzia und im Trotus-Tal leistet der Feind heftigen Widerstand. Er erwiderte unsere Offensive mit heftigem Feuer und durch Gegenangriffe, jedoch ohne Erfolg. In den Bergan ist auf der ganzen Front tiefer Schnee gefallen, der in Verbindung mit starkem Frost die Operationen und Bewegungen der Truppen in hohem Maße behindert. — Vom 12. Dezember wird gemeldet: In den Waldkarpaten unternahm der Feind eine Offensive ungefähr fünf Meilen südlich von Chibeni und in der Gegend des Kapul; beide wurden durch unser Feuer angehalten. In der Gegend östlich von Belvor wurde der Feind bei seinem Angriff zurückgeworfen; unsere Abteilungen verfolgten ihn und bemächtigten sich zweier Höhen. Im Sultatal wurden Angriffe des Feindes zurückgeworfen. Sechs Meilen nordöstlich Schlacht südlich des Iffarflusses bemächtigten wir uns einer Höhe. — Rumänische Front. Der Feind unternahm am 10. Dezember ergebnislose Angriffe im Buzental nördlich von Nislaw, gegen den Krioflug und westlich von Mizil. In der Dobrudscha Feuergefecht.

## Ein französisches Urteil über den rumänischen Rückzug.

Wien, 12. Dezember. (W. Z. B.) General Berthaut schreibt im „Petit Journal“, der rumänische Rückzug ist kein strategischer Rückzug mehr, sondern ein ausgezwungener, unter Gesichtspunkten, die man besser nicht anwenden sollte. Die Erwartungen auf die russische Manöverarmee hätten sich nicht erfüllt, und heute sei es klar, daß sie nicht mehr eintreffen werde. Rumänien könne also nunmehr als erledigt betrachtet werden. Ein neuer Feldzug in Rumänien sei zwar möglich, aber unterdessen würden sich die Deutschen ebenso besetzt haben, wie auf allen anderen Fronten. Nachdem aber die rumänische Frage zur Friedendheit der Mittelmächte geregelt sei, müsse man der griechischen Frage die ernsteste Aufmerksamkeit schenken.

## Das Bangen der Entente um Bukarest.

Ein Eingeladener des „Avanti“ stellt italienische Zeitungsausschnitte zur rumänischen Kriegslage vom Vorabend des Tages, an dem Bukarest fiel, zusammen. Während die Ueberschrift im „Avanti“ von der Jenuar gestrichen wurde, durfte „Giornale d'Italia“ drucken: „Bukarest wird nicht aufgegeben werden. Die Russen bei der Verteidigung im Herzen Rumäniens.“ Und „Tribuna“: „Die Schlacht um Bukarest entwidelt sich zugunsten der Russo-Rumänen.“ „Messaggero“: „Fallenbüchens Vormarsch durch die ruffo-rumänische Gegenoffensive angehalten.“ „Idea Nazionale“: „Fallenbüchens Marsch angehalten.“ „Corriere della Sera“: „Der ruffo-rumänische Gegenstoß südlich von Bukarest.“ „Secolo“: „Fortdauer der erbitterten Schlacht südlich und westlich von Bukarest.“ „Lavoro“: „Die Rumänen nahmen südlich von Bukarest dem Feinde fünfundzwanzig Kanonen.“ „Secolo XIX“: „Die große ruffo-rumänische Gegenoffensive. Die Bulgaren-Deutschen im Rückzug.“ „Giornale del Mattino“: „Der Kampf um Bukarest steht günstig für die Rumänen. Die bulgaro-deutsche Niederlage südlich der Stadt.“ „Gazzetta del Popolo“: „Im Sektor Bukarest zwingt der ruffo-rumänische Gegenstoß die Bulgaro-Deutschen zum Rückzug.“ „Roma“: „Mackensen läuft Gefahr umzingelt zu werden.“ Die italienischen Ententisten klammerten sich an Strohhälme, aber sie mußten doch mit dem Kopf unter die bittere Flut.

## Die Beute in Rumänien.

Ueber die bis zum 10. Dezember eingebrachte Beute werden, wie dem „Tag“ aus dem Kriegspressequartier mitgeteilt wird, an maßgebender Stelle folgende Angaben gemacht: An rumänischen Gefangenen waren bis zu diesem Tage 145 000 Mann, darunter mehr als 1000 Offiziere, gezählt. Von den 800 Feld-

geschützen, die Rumänen nach gegnerischen Berichten bei Kriegsausbruch besaß, sind 423 in der Hand der Verbündeten geblieben; von den 80 schwereren Feldgeschützen 24 Stück; außerdem besaßen die Rumänen etwa 500 Maschinengewehre, von denen ihnen bis zum genannten Tage 364 verloren gegangen waren. Von ihnen bei Kriegsbeginn vorhandenen 400 000 Gewehren sind mit den Gefangenen und bei der Ausräumung der Schlachtfelder 200 000 erbeutet worden. Die Beuteziffern von Bukarest, wo sich das Arsenal, die Feuerwerkerei und die einzige moderne Pulverfabrik Rumäniens befand, sind in den genannten nicht inbegriffen. Hinzuzufügen wäre noch, daß sich am 10. Dezember von den insgesamt 137 000 Quadratkilometern rumänischen Bodens 64 000, von den 3057 Kilometern rumänischer Bahnen rund 2000 in der Hand der Verbündeten befanden. Von 700 Lokomotiven waren 137, von 18 000 Waggons 4000 erbeutet. Von einer systematischen Vernichtung der Getreidevorräte im Lande kann nicht die Rede sein, weil das Korn von den Bauern wohl eingebracht, aber nicht mehr gedroschen werden konnte und deshalb noch im ganzen Lande in den Gehöften verstreut ist. Verwüftet wurde verhältnismäßig wenig; logar die großen Magazine, in denen das von England aufgekauft Getreide der vorjährigen Ernte lagert, wurden zum großen Teil unterseht angetroffen.

## Die rumänischen Erdölfelder.

In der „Times“ vom 5. d. M., also vor dem Fall von Bukarest und Ploieschi, beschäftigt sich ein Berichterstatter mit dem Wert und der Bedeutung der rumänischen Erdölfelder, die inzwischen in deutschen Besitz gefallen sind. Der Engländer schreibt:

„Die bedeutungsvoll der Besitz dieses Gebietes für die Deutschen sein würde, wird einleuchtend durch einige Zahlen über die Deckernte des letzten Jahres. Man überstreicht nicht, wenn man sagt, daß der Fall von Bukarest, obwohl der Fall der Hauptstadt für jedes Land eine moralische Niederlage ist, weniger ernste Folgen für die Sache der Alliierten haben würde als die Eroberung des Erdölquellengebietes... Wenn Deutschland sich in den Besitz des rumänischen Erdöls setzen könnte — der Engländer gibt den Bestand an sofort verwertbaren Erdölen auf etwa eine Million Tonnen an —, so würde das für Deutschland von größerer Bedeutung sein als die Kornspeicher, denn Deutschland ist in der Provis von Rumänien während der Kriegsdauer abhängig gewesen für seinen Erdölbedarf.“

Der Berichterstatter der „Times“ im rumänischen Hauptquartier meldet, nach einem Amsterdamer Telegramm der „Nln. Jg.“, untern 8. es seien Maßnahmen getroffen, um zu verhindern, daß die rumänischen Ölfelder dem Feinde in die Hände fielen. Alle Quellen, Reinigungsanlagen, Behälter und sonstige Einrichtungen im Prabowatal seien so weit zerstört, daß die Delgewinnung in diesem Raume unmöglich werde. Die großen Benzinslager seien verbrannt. In Roreni sei die Zerstörung der großen Ölfelder so vollständig, daß der Feind aus den dortigen Vorräten die schweren Oele nicht gewinnen könne, die er brauche und die das nur leichte Oele liefernde Galzigen ihnen nicht bieten könne.

Die „Nln. Jg.“ bemerkt dazu, derartige technische Behauptungen über Ölfelder, die den Schmerz über die Niederlage in Rumänien erklärlich mache, hätten sich immer als falsch erwiesen.

## Der Seekrieg.

### Französischer Transportdampfer versenkt.

Berlin, 12. Dezember. (W. Z. B.) Ein unserer Unterseeboote versenkte am 4. Dezember in der Nähe von Malta den in Diensten der französischen Marine fahrenden Transportdampfer „Algérie“ (4035 Tonnen) auf der Rückreise von Saloniki nach Frankreich. Von den an Bord befindlichen Militärpersonen wurden ein Offizier und sechs Mann gefangen genommen.

### Zu nördlichen Eismeer.

Petersburg, 12. Dezember. (W. Z. B.) Die Admiralität dementiert in bestimmter Form die Meldungen deutscher und holländischer Blätter, daß im Laufe der letzten Wochen von deutschen Unterseebooten im nördlichen Eismeer sechs mit Kriegsmunition nach Rußland fahrende Dampfer versenkt worden seien. In diesem ganzen Zeitraum sei im genannten Meere kein für Rußland bestimmter Dampfer weder durch Unterseeboote oder auf andere Weise versenkt worden.

Zurückgelassene Post. Amsterdam, 13. Dezember. (W. Z. B.) Die Dampfer „Kangean“ und „Rias“ haben auf der Reise von Amsterdam nach Batavia ihre Post in England zurücklassen müssen, ebenso die Dampfer „Bilis“ und „Wesoki“ von Batavia nach Rotterdam und „Oranie“ von Batavia nach Amsterdam.

Versenkt. Das Barkschiff „Gerda“ aus Kopenhagen, von Göteborg nach England mit einer Ladung Prop, ist am Sonntag abend von einem deutschen U-Boot in Brand gesetzt worden. Die Besatzung wurde von einem Dampfer aufgenommen. Der niederländische Dampfer „Joanland“ meldet, daß er am 4. Dezember in 51 Grad 4 Minuten nördlicher Breite und 9 Grad westlicher Länge zwei Schiffboote mit 21 Mann der Besatzung des norwegischen Dampfers „Kerbin“ aus Kristiania angetroffen hat, der von einem deutschen U-Boot versenkt worden war. (Besatzung aufgenommen und nach einigen Tagen einem englischen Fischdampfer übergeben.) „Reit Parshien“ meldet aus Drest: Der Dreimastdampfer „Marquise Dossu“ und die Goelette „Marjolaine“ sind versenkt worden. (Besatzung gerettet.) „Ratin“ meldet: Der griechische Dampfer „Grigoriou Angelatos“ wurde versenkt. Der englische Dampfer „St. Athelwyn“ ist auf eine Mine gelaufen und untergegangen. (Mannschaft gerettet.) Drei Mann der Besatzung des englischen Dampfers „Pri-tannia“, dessen Verletzung bereits gemeldet wurde, wurden getötet. Der dänische Dampfer „Mollo“, mit Kohlen von England nach Oran unterwegs, ist im Kanal von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. (Besatzung, 25 Mann, gerettet und in Frankreich gelandet.) Lloyd's meldet, der schwedische Schoner „Harry“ wurde von einem Unterseeboot angegriffen. Man glaubt, daß er durch Feuer zerstört wurde. (Besatzung gelandet.) Ein bisher als gesunken gemeldeter belgischer Dampfer wurde voll Wasser nach Falmouth eingeschleppt. Er war von einem Unterseeboot beschädigt worden. Versenkt wurden ferner der dänische Dampfer „Jnger“, der norwegische Dampfer „Agder“, die französische Goelette „Primoverc“, der englische Dampfer „Havestan“.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Der Neue Waterweg. Haag, 13. Dezember. (W. Z. B.) Die Zweite Kammer hat heute die Gesetzesvorlage zur Verbesserung des Schiffsfahrkanals von Rotterdam nach der See, den sogenannten Nieuwe Waterweg, angenommen.

Die Pittsburg-Explosion. Nach Londoner Meldungen aus Pittsburg haben die Behörden dort eine Person verhaftet, welche verdächtig wird, ihre Hand bei der Explosion im Spiele zu haben, welche sich am Sonnabendabend in der Eisfabrik chemischer Produkte in Horpitt ereignete und den Tod dreier Menschen zur Folge hatte. Die Polizei fahndet auf drei bestimmte Personen. Zu der Explosionskatastrophe wird noch gemeldet, daß eine Minute vor derselben plötzlich alle Lampen in der Fabrik erloschen. Dies sei wahrscheinlich das Signal gewesen, damit die Verdwörer rechtzeitig und unbemerkt aus der Fabrik entfliehen konnten.

Englische Adelsverluste. Nach dem eben erschienenen englischen Adelskalender „Dod's Peerage“ sind 12 604 Mitglieder des Hochadels gefallen.

Die Rückkehr in die Heimat ist den derzeit internierten montenegrinischen Geistlichen gestattet worden, weil die anfänglich des Todes Franz Josefs in Montenegro geäußerten Zeichen der Anteilnahme „auch dem veredelnden Einfluß der montenegrinischen und griechisch-katholischen Geistlichkeit zuzuschreiben“ seien.

Obessa ist nach einer von der „B. J.“ übermittelten Meldung der „Kowoje Brestnja“ als Kriegsgefangenezone erklärt worden.

Kohlenmangel und Industrie-Stillstand in Australien. „Morning Post“ vom 5. Dezember berichtet telegraphisch aus Melbourne: Die beschränkten Kohlenvorräte gehalten der australischen Regierung nicht, den Fabrikanten künftig Kohlen und Betriebskraft freizugeben. Man fürchtet, daß vor Ende Januar die Räder der Industrie sich nicht wieder drehen werden.

Die Auffindung der englischen Admiralität. Admiral Sir Cecil Burney wurde zum zweiten Seelord ernannt.

Die Lage der Kriegsgefangenen. Der „Morning Post“ wird aus Stockholm gemeldet: Unter Leitung des Prinzen Karl werde am Donnerstag eine Versammlung von Vertretern der Roten Kreuz-Organisationen Rußlands, Oesterreich-Ungarns und vielleicht auch Deutschlands stattfinden zwecks Besprechung der Besserungsmöglichkeiten in der Behandlung von Kranken und verwundeten Gefangenen in denjenigen Ländern, wo sich internierte Gefangene befinden.

## Letzte Nachrichten.

### Scheidemann über das Friedensangebot.

Ghemis, 13. Dezember. (Eigene Meldung.) In einer von Tausenden besuchten Versammlung sprach hier Genosse Scheidemann über das Friedensangebot der Mittelmächte. Er sagte, dieses Friedensangebot erfülle uns mit Stolz und Freude: mit Freude, weil nun der erste wirkliche Schritt zu Friedensverhandlungen von deutscher Seite getan sei, aber auch mit Stolz, weil der Einfluss der deutschen Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie, an diesem Ergebnis mitgewirkt habe. Scheidemann richtet einen dringenden Appell an die

### Sozialisten der anderen Länder.

sie mögen mit den deutschen Arbeitern gemeinsam arbeiten, um den Krieg zum Abschluss zu bringen. Wir erwarten nicht, daß sich die Arbeiter anderer Länder zu ihrem Volke anders stellen als wir zu dem unsern und halten sie für berechtigt, die Vorschläge der Mittelmächte abzulehnen, falls sie etwas enthalten, was mit der Ehre und der Zukunft ihres Volkes unvereinbar wäre. Würden aber die feindlichen Regierungen selbst die Prüfung der Vorschläge, den Eintritt in Verhandlungen ablehnen, dann würden sie sich mit einer Blutschuld beladen, wie sie vor der Weltgeschichte noch niemand getragen hat. Wer sein Vaterland liebt, muß alles daran setzen, um ihm den Frieden wieder zu geben. Werden Verhandlungen eingeleitet, so hat jeder Staat die Pflicht, seine Interessen auf ihnen wahrzunehmen und das Recht, einen ehelosen und unwürdigen Frieden abzulehnen. Dem Staat aber, an dessen Eigensinn und Rachgier die Verhandlungen scheiterten, würde die Verantwortung für alles Kommennde zufallen. Bringt und die nächste Zeit durch die Einheitslosigkeit verbündeter Gegner eine Enttäuschung, dann werden wir zur Verteidigung unseres Volkes gegen einen Feind, der unsere Vernichtung will, in fester Entschlossenheit zusammenstehen bis auf den letzten Mann. — Die Rede fand stürmischen einmütigen Beifall.

### Troelstra zum Frieden.

Haag, 13. Dezember. Bei der Behandlung des Geschenkwurfs über das längere Indiensthalten der Ritzig in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer hat der Führer der sozialdemokratischen Partei Troelstra dem Friedensangebot einige Worte gewidmet und es als Lichtpunkt in der Finsternis begrüßt. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Entente auf dieses Angebot eingehen werde und daß die verschiedenen Parteien einen entsprechenden Einfluß auf ihre Regierungen nehmen würden.

Er glaubte, verhindern zu können, daß Friedensverhandlungen die Zustimmung aller Sozialdemokraten finden würden. Er sprach ferner die Erwartung aus, daß die niederländische Regierung, sobald die Umstände dies erlauben würden, den militärischen Druck erleichtern würde. Der Kriegsminister antwortete, er könne mitteilen, daß die Regierung mit außerordentlichem Interesse von dem gestrigen Ereignis im Reichstag Kenntnis genommen habe, und daß sie mit größter Aufmerksamkeit und Spannung die Ereignisse verfolgte. Die Regierung habe stets die Möglichkeit erwogen, ob sie den Druck der Mobilisierung noch mehr vermindern könne, als es bereits geschehen sei, und werde das auch in Zukunft tun.



# Gewerkschaftliches.

## Internationale gewerkschaftliche Solidarität.

Die amerikanische Organisation der Maler und Dekorateur ist dem internationalen Sekretariat der Gewerkschaften des Malergewerbes noch nicht angeschlossen. Trotzdem besteht zwischen beiden Korporationen ein überaus kollegialer Verkehr, worüber in den letzten beiden Berichten des erwähnten Sekretariats näheres Material beigebracht worden ist. Die im amerikanischen Malerverband organisierten deutschen Maler, besonders die New Yorks, haben darüber hinaus ihren Kollegen Europas gegenüber, soweit diese unter den Folgen des Krieges unmittelbar leiden, schon mehrfach treffliche Solidaritätsbeweise dargebracht. Sie übermittelten für die durch den Kriegsdienst ihrer Ernährer heimgekehrten Familien der Mitglieder des deutschen, österreichischen und ungarischen Verbandes bereits im Jahre 1914 1712,91 M. und 1915 449,21 M. Vor kurzem gingen nun wieder dem Internationalen Sekretariat zu dem gleichen Zwecke 2900 M. zu, die von diesem den in Betracht kommenden Verbänden überwiesen worden sind.

Hierbei ist zu beachten, daß die Lohnverhältnisse der Maler, besonders in New York, schon seit längerer Zeit keineswegs günstig sind, und daß in den letzten Monaten der gegenseitige Gedankenaustausch wegen der englischen Postzinsen sehr erschwert wurde.

## Kriegswirkungen im Buchdruckerverband.

Mit Abschluß des dritten Quartals hätte der Buchdruckerverband, wenn der Krieg nicht gekommen wäre über 75 000 Mitglieder gezählt. Den Kriegerfamilien ist nach Möglichkeit durch den Verband materiell geholfen worden. Den Hinterbliebenen wurde durch die Kaufleute unter Zuschüssen aus der Verbandskasse ein freiwilliges Sterbegeld im verringerten Umfange gezahlt. Trotzdem hat der Verband für diesen Zweck bis zum 30. September 1916 im ganzen etwas über 1 1/2 Millionen Mark verausgabt. Der Verband hat in allen Unterstützungszweigen und aus sämtlichen Kassen seit Kriegsausbruch bis zum 3. Quartal über 8 Millionen Mark verausgabt. Diese Unterstützungssumme erfuhr im 3. Quartal allein eine Zunahme von 592 019 M. Wenn die Arbeitslosigkeit im Gewerbe nicht von beispielloser Gefährlichkeit wäre, würde der Verband schon die zehnte Kriegsmillion ausgezahlt haben. Der Krankenstand hält sich fast gleich hoch. Die schlechten Ernährungsverhältnisse, unter denen die fast durchweg als Leiharbeiter angehenden Buchdrucker schwer zu leiden haben, ziehen die Verbandskassen stark in Mitleidenschaft. Die Abkehr vom Verufe und der Uebertritt zu anderen Verufen ist wahrscheinlich im wesentlichen auf die verpackte Teuerungszulagenpolitik der Prinzipalsorganisationen zurückzuführen.

## Das Nachtbrotverbot in Bäckereien und Konditoreien

hat nun doch Aussicht, auch für die Friedenszeit bestehen zu bleiben. Der Verband der Bäcker und der Gewerkschaft der Bäcker hatten bekanntlich eine Eingabe an die Regierungsbehörden gerichtet, in der gefordert wurde, die Arbeit in Bäckereien und Konditoreien in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens zu verbieten; ferner Arbeitsruhe von Sonnabend abend 10 Uhr bis Montag früh 6 Uhr zu bestimmen und eine tägliche Arbeitszeit von höchstens 10 Stunden festzusetzen. Ein Regierungsvertreter hat in der Petitionskommission ausgeführt, daß schon vor Eingang der Petition die beteiligten Stellen erwogen haben, ob es nicht möglich und erwünscht sei, die Nachtarbeit in Bäckereien dauernd zu unterlagen. Und da nicht nur die Arbeiter, sondern auch nach einer Rundfrage die überwiegende Mehrzahl der Unternehmer anerkannt haben, daß die Beseitigung der Nachtarbeit im Interesse der Gesundheit und des Familienlebens

der Bäcker erwünscht und durchführbar sei, so ist in Aussicht genommen, einen entsprechenden Gesetzentwurf auszuarbeiten und vorzulegen. Die Antwort des Regierungsvertreters stellt also ziemlich bestimmt in Aussicht, daß ein Gesetz über das dauernde Nachtbrotverbot schon jetzt ausgearbeitet wird. — Die Organisation der Bäcker hofft, daß der Entwurf zu einem solchen Gesetz bald zur endgültigen Beratung und Beschlußfassung vor die gesetzgebenden Körperschaften kommt, um baldige Klarheit zu erhalten und den Uebergang von der Kriegs- in die Friedenswirtschaft vorzubereiten.

## Erhöhte Teuerungszulagen für die Berliner Buchdruckerhilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Zwischen Vertretern des Vereins Berliner Buchdruckerbesitzer, Vertretern der drei großen Zeitungsbetriebe und Vertretern des Verbandes der Hilfsarbeiter haben Verhandlungen über die Erhöhung der bisher den Hilfsarbeitern gezahlten Teuerungszulagen stattgefunden. Die Unternehmervertreter haben in diesen Verhandlungen eine allgemeine 75 prozentige Erhöhung der bisher zur Zahlung empfohlenen Teuerungszulagen zugestanden. Hieraus ergibt sich, daß verheirateten Hilfsarbeitern, die nach dem 1. Jan. 1915 in den Betrieb eingetreten sind, zum Minimum eine Teuerungszulage von 15,75 M. monatlich, denen, die bis zu 2 M. über das Minimum erhalten, 12,25 M. und denen, die mehr als 2 M. über das Minimum 10,50 M. monatlich gewährt werden. Ledige Hilfsarbeiter erhalten dementsprechend 10,50 M., 7 M. und 5,25 M. Zulage. Den Arbeiterinnen wird ohne Unterschied 10,50 M. gezahlt. Dazu kommt für jedes Kind unter 14 Jahren ein monatlicher Zuschlag von 2 M. Die Teuerungszulagen werden vom 1. Oktober 1916 ab am letzten Lohnzahlungstage eines jeden Monats gezahlt. Bedingung für die Zahlung von Teuerungszulagen ist eine mindestens einwöchige Beschäftigung im Betriebe. Bei einer Tätigkeit von mehr als 3 Tagen wird die Zulage für die volle Woche gezahlt. Für das vor dem 1. Januar 1915 bei derselben Druckerei tätige Hilfspersonal wird eine höhere Teuerungszulage gezahlt und zwar für männliche Hilfsarbeiter zum Minimum 17,50 M., bis 2 M. über das Minimum 13,50 M. und bei mehr als 2 M. über das Minimum 13 M.; für ledige Hilfsarbeiter wird dementsprechend 12,50, 10 und 8 M., für Arbeiterinnen 13,50 M. gezahlt. Kinderzulage wird auch hier für jedes Kind unter 14 Jahren 2 M. gewährt. Für die Firmen Rudolf Mosse, August Scherl und Löffler u. Co. wurde besonders vereinbart, daß denjenigen Hilfsarbeitern, die seit 1. Januar 1915 in einem und demselben dieser drei Betriebe tätig sind, höhere Sätze bewilligt werden sollen. Diese Sätze wurden zahlenmäßig festgelegt.

## Gerichtszeitung.

### Magistrat und Höchstpreis.

Daß ein Magistrat bei der Abgabe von Lebensmitteln an Händler einen höheren Preis nimmt, als er selber als Höchstpreis für den Verkauf an den Verbraucher festgesetzt hat, erscheint unglücklich, ist aber in Lichtenberg bei Berlin geschehen. Die Händlerin Reimann konnte sich auf die Tatsache berufen, als sie wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Kalbfleisch, den der Lichtenberger Magistrat durch Verordnung festgelegt hatte, angeklagt worden war. Die Verordnung setzte den Höchstpreis für Kalbfleisch auf 1,80 M. pro Pfund fest, der Magistrat von Lichtenberg nahm bei der Lieferung an die Angestellte 2,10 M. pro Pfund und die Angestellte hatte bei einem Verkauf einen Pfundpreis von 2,50 M. zugrunde gelegt.

Das Landgericht I verurteilte Frau R. zu einer Geldstrafe von 150 M. Eine Höchstpreisfestsetzung, die öffentliches Recht sei, hätte durch eine Ueberschreitung des Höchstpreises durch den Magistrat nicht ohne weiteres außer Kraft treten können. Das hätte sich die Angestellte sagen müssen. Im Zweifelsfalle also mußte sie sich erkundigen. Ihr falle große Fahrlässigkeit zur Last.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob das Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründung wurde ausgeführt: Unter den obwaltenden Umständen hätte vom Landgericht geprüft werden müssen, ob die Angeklagte mit Rücksicht auf das Verhalten des Magistrats im vorliegenden Falle nicht annehmen konnte, sie brauche sich an den Höchstpreis nicht halten, den selbst der Magistrat nicht beachtet habe.

Eine „Hellscherin“, die aus den Karten die Zukunft weißt, erkrant sich in Potsdam einer zahlreichen Kundenschaft, namentlich auch unter den Damen der reichen und vornehmen Kreise. Der Zuspruch war oft so lebhaft, daß sich die Leute vor der Tür der Frau Vandelow — so heißt die 75-jährige Pythia — förmlich drängten und man glauben konnte, es sei hier etwas Wahrhaftes zu haben. Es wurden aber nur Orakelprüche verhöfert, die allerdings von allererster Qualität waren, denn sie lösten stets unfehlbar eingetroffen sein. Ob Frau Vandelow einer adeligen Dame den Geldtod eines Bruders prophezeite oder bei Raubmorden den Täter kenntlich machte oder dem erwischten Verbrecher die ihm drohende Strafe verkündete oder bei bevorstehenden Geburten hoher Herrschaften voraussagte, ob es ein Knabe oder ein Mädchen sein werde, oder besorgten Kriegerfrauen über das Schicksal ihrer Männer Aufschluß gab — die treffliche Pythia irrte sich nie! Dies verkündeten wenigstens die drei Frauen, die, als die Sache zum Klappen gekommen und die Hellscherin angeklagt worden war, als Zeuginnen vor dem Potsdamer Schöffengericht vernommen wurden. Nur eine Kundin erklärte sich für unbeeidigt, aber — wie uns scheint — nicht ganz mit Recht. Denn ihr war prophezeit worden, sie werde einen großen Reicher haben, und den hatte sie nun — mit der Prophetin selber. Während der Verhandlung freilich verlagte die Kunst der Frau Vandelow. Denn als der Vorsitzende sie fragte, wie das Verfahren enden werde, vermochte sie nicht die 50 M. Strafe voranzufagen, zu denen sie schließlich verurteilt wurde.

Wegen Nahrungsmittelvergehens war der Schlächtermeister Ernst Müller, Greifswalder Straße 11, seinerzeit vom Schöffengericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Berufungskammer des Landgerichts ist jetzt zu dem Schluß gekommen, daß dem Angeklagten nur eine Fahrlässigkeit zur Last falle, und hat die Strafe daher auf 500 M. Geldstrafe herabgesetzt.

Dem Wasserleitungsbahn, nicht dem dazu von der Natur bestimmten Reueter, hat die Wassereigentümerin Selma Günther, Weidenweg 15, die von ihr verkaufte „Milch“ zum größten Teil abgemommen. Ihr Ehemann hatte seine Ware bereits mit 50 bis 70 Proz. Wasser „gestreckt“. Nachdem er ins Feld gezogen war, erhöhte die Gattin das Quantum auf 75 Proz. Das Schöffengericht verurteilte sie dafür zu 6 Monaten Gefängnis und 1500 M. Geldstrafe.

## Eingegangene Druckschriften.

- Uenarius-Buch. Von Dr. M. Stapel. Geb. 3,50 M. G. D. B. Gallen, München.
- Kriegstagebuch einer Mädchenschule. Von A. Loewenberg. Geb. 1 M.
- Die Heimführung der Engel. Roman von F. Ranzelmann. 3,50 M.
- Der arme Buchbinder. Roman von F. Horn. 3 M.
- Noten Flammenblut. Roman von Pierre Brodcooren. 4 M.
- E. Reichel u. Co., Berlin, Linstr. 16.
- Mutter! Von H. v. Kahlenberg. 3 M. Kasper u. Cie., Zürich und Leipzig.
- Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 615: Martin Luther und die deutsche Reformation. Von Prof. H. Röhler. — Bd. 518: Deutsche Feste und Volksgebräuche. Von J. E. Fehle. Einzelb. 1,20 M., geb. 1,50 M. G. Teubner, Leipzig.
- Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld. Von Silvio Gesell. 422 S. G. Teubner, Leipzig.

# A. WERTHEIM Porzellan Glaswaren

- Kaffeegeschirr** fein bemalt für 6 Pers. 3.25 3.75 4.75 5.25 7.00
- Kaffeegeschirr** fein bemalt für 12 Personen 8.50 9.75 11.25
- Tafelgeschirr** für 6 Pers., 30 tellig 25.00 29.50 40.00
- für 12 Pers., 60 tellig 40.00 54.00 70.00
- für 12 Pers., 77 tellig 65.00 77.00 95.00

- Speiseteller** tief, flach, mit Goldrand 35 Pf.
- Frühstücksteller** mit Goldrand . . . 25 Pf.
- Kompotteller** mit Goldrand . . . . . 20 Pf.
- Teller** mit Obstdekor. . . . . 18 28 Pf.
- Obstsatz** mit Obstdekor., 7 tellig . . . 95 Pf.
- Butterdosen** bunt bemalt. . . . . 48 Pf.
- Eierbecher** bunt bemalt . . . . . 8 Pf.
- Menagen** bunt bemalt . . . . . 28 Pf.
- Salzgefäße** bunt bemalt. . . . . 12 Pf.
- Tassen** bunt bemalt . . . . . 18 22 Pf.

- Preßgarnitur „Olivenmuster“**
- Butterdosen 48 Pf. Käseglocken 60 Pf.
- Kompottschüsseln . . . von 7 bis 65 Pf.
- Kuchenteller . . . . . von 35 60 80 Pf.
- Kompotteller 10 Pf. Zuckerschalen 18 Pf.
- Marmeladendosen . . . . . 35 Pf.
- Kompottschüsseln <sup>geschliffen</sup> von 80 Pf. bis 1.95
- Kompotteller <sup>geschliffen</sup> . . . . . 35 Pf.
- Wassergläser <sup>geschliffen</sup>, von . . . 35 Pf.
- Sturzflaschen <sup>geschliffen</sup>, m. Glas 60 95 Pf.

Konservengläser „Globus“ von 40 bis 90 Pf.		
Trinkgarnitur	Isa	Kristall
Rot-od. Rheinweingläser	35 Pf.	50 Pf.
Likörgläser . . . . .	30 Pf.	35 Pf.
Bowlengläser . . . . .	50 Pf.	—
Bierbecher . . . . .	30 Pf.	55 Pf.
Selterbecher . . . . .	27 Pf.	35 Pf.
Teebecher . . . . .	30 Pf.	50 Pf.

## Steingut

- Schokoladenkannen Majolika 48 85 Pf.
- Obtschalen Majolika . . . . . 65 Pf.
- Kuchenteller Majolika . . . . . 35 Pf.
- Kaffeekannen bunt glasiert . . . . . 42 Pf.
- Milchtöpfe bunt glasiert . . . . . 12 Pf.
- Tassen bunt glasiert . . . . . 13 Pf.
- Teekannen bunt glasiert . . . . . 42 Pf.
- Keksdosen bunt glasiert . . . . . 65 Pf.
- Butterdosen bunt glasiert . . . . . 35 Pf.

- Satzschüsseln 7 St. weiß 1.55 bunt 1.65
- Marmeladendosen . . . . . 65 Pf.
- Heringskasten . . . . . 95 Pf.
- Waschgarnituren
- 5 tellig . . . . . 3.90 4.50 5.50 6.00
- Eimer mit Rohrbügel . . . . . 4.75 5.25
- Küchegarnituren
- 22 tellig . . . . . 10.50 13.50 18.00
- Vorratsbüchsen . . . . . 48 80 Pf.

Große Auswahl in **Mokkatassen** 60 Pf. bis 3.50

**Kristall** in großer Auswahl als: Schalen, Körbchen, Teller, Weinflaschen, Römer

Ständiger Verkauf von

**Rosenthal-Porzellan** Tafel- und Kaffeegeschirre Tassen, Mokkatassen Vasen, Weihnachtsteller Rote-Kreuz-Teller

Donnerstag, soweit Vorrat!

## Lebensmittel

Donnerstag, soweit Vorrat!

- Gänse, Enten zu Tagespreisen
- Ausgeschlachtetes Gänsefleisch Pfund von 4.50 an
- Gänsepöckelfleisch . . . Pfund von 4.20 an
- Geräucherte Gänsebrust und Keulen
- Gänseleber, Gänseklein
- Lebende Hühner
- Bücklinge . . . . . von 30 Pf. an
- Große Räucherheringe Stück von 78 Pf. an
- Kisten ca. 100 Stück Inhalt . . . . . 76.00

- Räucher-Aale . . . . . Pfund von 8.50 an
- Rauchfisch . . . . . Pfund 2.60
- Muschelfleisch in Gelee . . . . . Pfund 1.60
- 4-Liter-Dose . . . . . 9.10
- Muschelfleisch . . . . . Pfund 1.60

- Schellfisch in Gelee . . . . . Pfund 3.20
- 4-Liter-Dose . . . . . 19.00
- Sardellen . . . . . Pfund 6.00
- Anchovis . . . . . Pfund 2.40
- Kräuterheringe . . . . . Pfund 2.40

**Milfix-Kunstoffleisch** auch zum Strecken aller Fleischsorten geeignet Kostproben Leipziger Straße Dose 2.20

**Sonntag von 1 Uhr an geöffnet**



Die erhöhte Familienunterstützung morgen fällig!

Im November hatte die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags Anträge auf Erhöhung der Unterstützung der Familien...

So, wie in den meisten Gemeinden, doch nicht in allen Groß-Berlins, die Gemeindeunterstützung sich auf den Betrag der bisherigen Reichsunterstützung in Höhe von 15 M. stellte...

Soweit eine für November oder Dezember bisher gezahlte Unterstützung aus irgend einem Grunde in Fortfall gekommen ist, wird natürlich auch der anteilige Betrag der Erhöhung der Unterstützung nachgezahlt werden müssen.

Wie Wirkung vom 1. Dezember ab ist nun auch die durch die oben erwähnte Bundesratsverordnung generell für das ganze Reichsgebiet geltende Vorschrift in Kraft getreten...

Ungleichheit der Volksernährung

Von Robert Schmidt.

Aus den Debatten des preussischen Abgeordnetenhauses zur Ernährungsfrage verdient eine Bemerkung des preussischen Landwirtschaftsministers besondere Würdigung.

„Zu einem weitgehenden Optimismus auf dem Gebiete der Volksernährung ist jetzt nicht die Zeit. Wir werden noch mit weiteren Einschränkungen zu rechnen haben.“

Das wäre also das Programm: Für den Landwirt keine Einschränkung, für den übrigen Teil der Bevölkerung weitere Einschränkung! Soll damit der bisherigen Politik des Kriegs-ernährungsamts, die auch dem Landwirt manche Einschränkung auferlegt hat, eine Ohrfeige versetzt werden?

Wie sieht es heute schon mit der Verteilung zwischen Stadt und Land aus? Die Reichsfleischstelle wird für die Zeit vom 16. Oktober 1916 bis 15. Januar 1917 für die Zivilbevölkerung und Militär 889 791 Schweine zur Abchlachtung stellen...

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer, Beseler. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite und dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betr. Abänderung des Art. 85 des Verfassungsgesetzes.

Natürlich nicht in Industriebörsen, sondern in rein ländlichen Bezirken. Daneben fehlt es nicht an Vollmilch, auf die der größte Teil der städtischen Bevölkerung heute verzichten muß.

Die Gegenüberstellung dieser einfachen Tatsachen läßt erkennen, daß Herr v. Schorlemer keine Ahnung hat, wie es mit unserer Ernährung aussieht.

in den Berliner Arbeitervierteln

Umschau halten und sich die Ausläufe vor den Geschäften ansehen. Wir muten dem Herrn Landwirtschaftsminister gar nicht zu, den dort geduldig Wartenden die weiße Lehre zu geben.

Allerdings wer das nötige Geld hat, braucht sich keine Sorge zu machen über Fleisch und Fettmangel, er hat in einem reichlichen Gänseangebot freien Zugriff; Geflügel, Wild und Fisch bieten eine angenehme Abwechslung.

Witterterweise verlegen wir uns auf das Mittel, im ganzen Land zu bitten, man möge doch den Munitionsarbeitern ein wenig Fett und Fleisch geben. Ist nun für die Sammlung und die Verteilung an die Arbeiter die nötige Organisation geschaffen?

Die heißt es in dem Brief des Generalfeldmarschalls? Da jedoch das Kriegsernährungsamt auf die Ausführung der Maßnahmen einen geringen Einfluß auszuüben vermag, bedarf es der einmütigen, hingebenden Mitwirkung der Landeszentralbehörden und der diesen unterstellten Verwaltungs- und Kommunalbehörden.

Sehr viel schlimmer sieht es daheim aus, denn nicht nur einigen unteren Behörden, auch vor allem dem preussischen Landwirtschaftsministerium mangelt die Erkenntnis, daß niemand das Anrecht haben darf, seinen Anteil an der Ernährung höher zu bemessen als nach den vorhandenen Vorräten.

Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung, Mittwoch, den 13. Dezember, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Frhr. v. Schorlemer, Beseler. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite und dritte Beratung des Gesetzesentwurfs betr. Abänderung des Art. 85 des Verfassungsgesetzes.

Er soll nach der Vorlage lauten: „Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes.“

Die Mitglieder der zweiten Kammer erhalten eine Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes. Diese Verordnung, die die Grundlage der neuen Diätenvorlage bildet, wird debattelos angenommen.

Schätzungsgesetz

Zu § 7, der bestimmt, wer als Mitglied eines Schätzungsamtes nicht bestellt werden darf, wird ein Antrag Dr. Wermeling (L.) angenommen, nach welchem die Bestimmung, daß gewerbetreibende Vermittler von Grundstücks- oder Hypothekengeschäften nicht Mitglied eines Schätzungsamtes werden dürfen, nicht Anwendung

finden soll auf die Spar- und Kreditgenossenschaften. Gemäß einem Antrag Weisjer (L.) wird ferner in diesem Paragraphen die Bestimmung, daß der Vorsitzende des Kommunalverbandes nicht Mitglied des Schätzungsamtes sein darf, gestrichen.

Zu § 18 liegt ein Antrag Dr. Hager (L.) vor, der eine Erhöhung der mündelsicheren Beleihungsgrenze auf drei Fünftel verlangt.

Ein weiterer Antrag des Reichstags verlangt Befreiung des Privilegs der Taxen der öffentlichen Feuerversicherungsanstalten.

Abg. Dr. Hager (L.) begründet seine Anträge. Da jetzt die Materie der Schätzungen einheitlich für ganz Preußen geregelt werde, bestehe kein Grund, daneben noch besondere Schätzungen der öffentlichen Feuerversicherungen bestehen zu lassen.

Abg. v. Jacobi (L.) spricht sich gegen die Anträge aus. Abg. Cassel (Sp.): Wenn der zweite Antrag angenommen wird, fällt nach der neuen Erklärung des Justizministers wahrscheinlich das ganze Gesetz. Daher stimmen wir gegen den Antrag.

Abg. Dr. Hager (L.) begründet seine Anträge. Da jetzt die Materie der Schätzungen einheitlich für ganz Preußen geregelt werde, bestehe kein Grund, daneben noch besondere Schätzungen der öffentlichen Feuerversicherungen bestehen zu lassen.

Abg. Dr. Hager (L.) wünscht Streichung dieses Paragraphen. Abg. Dr. Hager (L.): Der Schätzungsantrag soll in den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Beleihung mit Tilgungshypotheken nicht in Betracht kommen.

Abg. Dr. Hager (L.) wünscht Streichung dieses Paragraphen. Abg. Dr. Hager (L.): Der Schätzungsantrag soll in den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Beleihung mit Tilgungshypotheken nicht in Betracht kommen.

Abg. Dr. Hager (L.) wünscht Streichung dieses Paragraphen. Abg. Dr. Hager (L.): Der Schätzungsantrag soll in den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Beleihung mit Tilgungshypotheken nicht in Betracht kommen.

Abg. Dr. Hager (L.) wünscht Streichung dieses Paragraphen. Abg. Dr. Hager (L.): Der Schätzungsantrag soll in den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Beleihung mit Tilgungshypotheken nicht in Betracht kommen.

Abg. Dr. Hager (L.) wünscht Streichung dieses Paragraphen. Abg. Dr. Hager (L.): Der Schätzungsantrag soll in den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Beleihung mit Tilgungshypotheken nicht in Betracht kommen.

Abg. Dr. Hager (L.) wünscht Streichung dieses Paragraphen. Abg. Dr. Hager (L.): Der Schätzungsantrag soll in den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Beleihung mit Tilgungshypotheken nicht in Betracht kommen.

Abg. Dr. Hager (L.) wünscht Streichung dieses Paragraphen. Abg. Dr. Hager (L.): Der Schätzungsantrag soll in den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Beleihung mit Tilgungshypotheken nicht in Betracht kommen.

Abg. Dr. Hager (L.) wünscht Streichung dieses Paragraphen. Abg. Dr. Hager (L.): Der Schätzungsantrag soll in den ersten zehn Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes für die Beleihung mit Tilgungshypotheken nicht in Betracht kommen.

Politische Uebersicht.

Fraktionserklärungen zum Friedensangebot.

Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sendet uns folgende Erklärung:

Die Einleitung von Friedensverhandlungen haben wir von Anfang an gefordert, getreu der Solidarität der Völker, wie sie die Sozialdemokratie auf ihren nationalen und internationalen Kongressen klar und entschieden zum Leitstern der auswärtigen Politik des Proletariats gemacht hat.

Die deutsche Regierung hat mit ihren Verbündeten den Regierungen der gegnerischen Staaten eine Note zugestellt, in der sie sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt.

Gemäß unserer grundsätzlichen Anschauung, daß der Krieg kein Mittel ist, die Gegensätze zwischen den Völkern auszugleichen und ihre gegenseitigen Beziehungen zu regeln, verwerfen wir jede Ausnutzung der Kriegslage zur Verewaltung eines Volkes.

Von den Bedingungen, unter denen die Regierung Friedensverhandlungen einleiten will, erfahren Volk und Volksvertretung nichts. Somit bleibt das für den Erfolg Entscheidende im Dunkel.

Nach allen Grundsätzen wahrhaft demokratischer Lebens dürfte eine Kundgebung von solcher Tragweite wie das Friedensangebot nicht ohne Mitwirkung der Volksvertretung in die Welt gehen.



Der von uns wie von den Nationalliberalen und den Konservativen gestellte Antrag auf Besprechung der vom Reichstag gehaltenen Rede wurde vom Zentrum, der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt. So ist die Stimme des wertvollen Volkes in einem wichtigen Moment nicht zu Gehör gekommen. Die Volksmassen sind nun wie in den anderen Ländern so auch bei uns berufen, darauf zu dringen, daß dem materiellen und moralischen Elend des Krieges, in das sie wider ihren Willen gestürzt sind, ein Ende gemacht wird, — daß ein Friede zustande kommt, der der Verbrüderung der Völker die Wege ebnet.

Berlin, den 12. Dezember 1916.

### Konservative Fraktion.

Auch die konservative Reichstagsfraktion hat eine Erklärung erlassen, in der es für selbstverständlich erklärt wird, „daß nicht Verhandlungen zur Herbeiführung eines Friedens um jeden Preis geführt werden sollen, sondern, daß die in Aussicht genommenen Bedingungen einen Frieden verbürgen, der die deutsche Zukunft tatsächlich sichert.“ — Ferner hätte man gewünscht, „daß auch der Reichstag das Friedensangebot mit einer wirksamen Kundgebung des festen Siegeswillens begleitete.“

Weiter wird ausgeführt:

Falls die Feinde auf das Angebot eingehen, so beginnen nunmehr die Verhandlungen über die Bedingungen, zu denen der Frieden geschlossen werden soll. In diesem Augenblick ist es Pflicht der Reichstagsabgeordneten, an dem Orte, wo sie dazu berufen sind, auch ihre Meinung über die zu erreichenden Ziele zur Geltung zu bringen. Das entspricht auch der Aufgabe des Reichstages, wonach dem deutschen Volke und seinen berufenen Vertretern rechtzeitig die Gelegenheit gegeben werden sollte, auch zu den Einzelheiten der Kriegsziele Stellung zu nehmen. In der letzten Zeit hat der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann, leider ohne den nötigen Widerspruch zu finden, hierzu Versuche gemacht, die geeignet waren, über die Auffassungen des deutschen Volkes und diejenigen der Regierung falsche Vorstellungen zu erwecken. Die konservative Fraktion hält es für nötig, in entschiedener und scharfer Weise Widerspruch hierzu auf ihrem bestimmten Standpunkt auch jetzt ausdrücklich zu nehmen. Sie geht von der bestimmten Erwartung aus, daß die mit der Blüte unserer Tapferen erlängten Vorteile zur Grundlage eines Friedens gemacht werden, der militärisch, wirtschaftlich und finanziell nach menschlichem Ermessen die Zukunft unseres Vaterlandes sichert.

Nach dieser Erklärung kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Rechte mit ihrem Verlangen nach einer Debatte keinen anderen Zweck verfolgte als den, die Friedensaktion der Regierung zu durchkreuzen. Diefem Versuch Vorstoß zu leisten, hatte die sozialdemokratische Fraktion keine Verantwortung.

### Abgeordnetenhaus.

#### Abgeleitetes Interesse.

Im Abgeordnetenhaus herrschte am Mittwoch ein ungewöhnlich reges Leben. Die dreimal gesuchten Vertreter des preussischen Volkes hatten sich in einer Anzahl, wie selten, eingefunden; aber nicht das Interesse an der Tagesordnung hatte sie zusammengeführt, sondern das Bedürfnis nach gegenseitiger Aussprache über die politische Lage. So standen sie denn in lebhafter Unterhaltung begriffen in Gruppen umher, während die Redner, die zum Schätzungsamt-Gesetzentwurf das Wort ergriffen, ihr Sprüchlein herjagten in dem sicheren Gefühl, daß abgesehen von einigen ihrer persönlichen Freunde und einem einsamen Tribünenbesucher, der unentwegt bis zum Schluß ausharrte, niemand ihren Worten lauschte. Besonders waren es die Vertreter des Zentrums, die sich die größte Mühe gaben, ihren in der Kommission abgelehnten Anträgen zum Siege zu verhelfen. Aber ohne Erfolg. Das Ergebnis der zweiten Lesung war im großen ganzen die Annahme der Kommissionsbeschlüsse. Auch der Schätzungsamt-Gesetz, den das Zentrum mit Hilfe der Konservativen zu beseitigen sich bemühte, ohne den aber das Gesetz der Regierung nicht annehmbar ist, wurde beibehalten. Wäre er gestrichen worden, dann würde das Gesetz tatsächlich seines wesentlichsten Inhalts beraubt sein und nur auf dem Papier stehen. Gleichfalls abgelehnt wurde der Antrag des Zentrums auf Hinaustrückung der mündel-sicheren Grenze für erste Hypotheken.

Der Gesetzentwurf der Förderung der Stadtschaften sowie die zahlreichen zu beiden Entwürfen vorliegenden Resolutionen, die eine Besserung der Lage des Haus- und Grundbesitzes und Erleichterungen für die Mieter bezwecken, fanden die Zustimmung des Hauses.

Vorher hatte das Haus debattelos in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf auf Aenderung des Art. 85 der Verfassung angenommen, der die Voraussetzung für die Abänderung des Diätengesetzes bildet.

Am Donnerstag will das Abgeordnetenhaus das Schätzungsamtgesetz und das Stadtschaftgesetz in dritter Lesung beraten und dann in die Weihnachtssferien gehen.

### Herr v. Jeddly will bremsen.

Im roten Tag schreibt der freikonservative Führer Herr v. Jeddly über die Aufgaben des Konservatismus nach Friedensschluß und berührt dabei auch die Wahlrechtsfrage. Da er auf die Mitarbeit der Arbeiterkassen nach dem Kriege Wert legt, so will er auch ihren Einfluß in Reich, Staat und Gemeinde erhöhen. Herr v. Jeddly erkennt an, daß die politische Reife, welche die breite Masse unseres Volkes im Kriege gezeigt habe, die Erweiterung ihres politischen Einflusses rechtfertige, er vergleicht diese Demokratisierung mit dem Tieserpflegen des Aders, das dessen Ertragsfähigkeit erhöht.

Soweit schon und gut. Dann kommt das große Aber. Der Erfolg dieser Demokratisierung hängt „von der richtigen Bemessung“ ab. Und nun zeigt sich, daß Herr v. Jeddly's Demokratisierung sich in sehr engen Bahnen halten soll:

Es widerspricht den elementarsten Grundsätzen politischer Gerechtigkeit, wenn um der politischen Macht der beschlossenen Klassen willen die übrigen Teile des Volkes, die ihre vaterländische Pflicht doch mindestens ebenso erfüllt haben wie jene, an die Wand gedrückt werden sollten, es wäre mit dem gesunden Aufbau von Staat und Gemeinde unvereinbar, wenn den nicht proletarischen Kreisen unseres Volkes nicht der ihrer Bedeutung entsprechende politische Einfluß gewährt bliebe.

An die Wand drücken will die übrigen Teile des Volkes niemand. Die Sozialdemokratie ist immer für das gleiche Wahlrecht eingetreten und hat nie verlangt, daß ein Arbeiter größeres Wahlrecht habe als ein Grundbesitzer oder Fabrikant. Diese sollen vielmehr genau so viel Wahlrecht haben wie der Arbeiter auch. Herr von Jeddly allerdings schreibt:

Nicht erst seit dem vaterländischen Hilfsdienste, aber mit besonderem Nachdruck seitdem wird in der demokratischen, namentlich der sozialdemokratischen Presse die Auffassung verbreitet, daß nach den Lehren des Krieges unsere Volkskraft ganz überwiegend, wenn nicht allein in der Arbeiterschaft beruhe, und dieser daher

auch der ausschlaggebende Einfluß in Staat und Gemeinde gebühre.

Hier zu bremsen, soweit dies im vaterländischen Interesse nötig, ist die gegebene Aufgabe des Konservatismus, er wird sie aber nur dann mit Erfolg lösen können, wenn er auf anderer Seite der Arbeiterschaft den politischen Einfluß einräumt, der ihr nach ihrer Bewährung im Kriege gebührt.

Unsere Argumentation ist etwas anders, als sie uns Herr v. Jeddly in den Mund legt. Wir sagen: Das allgemein und gleich vergossene Blut ist eine so ungeheure Leistung für den Staat, daß jeder daneben aufgestellte Vergleich der Steuerleistung oder des Vermögens von vornherein dem Glücke der Gerechtigkeit verfällt. Das allgemein und gleich vergossene Blut, die allgemein und gleich ausgestandenen Mühsale und Entbehrungen rechtfertigen ohne alles andere das allgemeine und gleiche Recht im Staate. Das ist unsere Auffassung, und wir glauben, daß Herr v. Jeddly gegen ihre weiteste Verbreitung im Volke nicht wird bremsen können.

### Der wahre Grund.

Den „Berliner Neuesten Nachrichten“ darf man das Kompliment machen, daß sie durch den Krieg weder um-, noch zugelernt haben. Sie schreiben gegen die Sozialdemokratie noch unentwegt im alten frisch-fröhlichen Geiton. Argumente von so ehrwürdiger Abgelenktheit, daß sie schon vor einem Menschenalter von niemandem mehr ernst genommen wurden, müssen jetzt herhalten, um die sozialdemokratische Friedensaktion zu verächtigen. In einem gegen Genossen Scheidemann polemisierenden Artikel entdecken die „B. N.“ endlich den wahren Grund, warum die Sozialdemokratie einen Frieden ohne Annexionen fordert. Sie tut dies, um die „Verleumdung der Rassen“ zur Tat werden zu lassen. Beweis: Die auf der Hamburger Scheidemann-Verammlung angenommene Resolution. Man höre:

Diese nach dem Willen der Hamburger Scheidemann-Verammlung durch einen Frieden ohne irgendwelche Entschädigung herbeizuführende allgemeine Verelendung braucht aber eine un- belehrte und unbelehrte deutsche Sozialdemokratie so nötig wie die tägliche Brotmarke, um auf dem vorzüglichen Nährboden der Unzufriedenheit ihrer Parteimitglieder (auch ohne Kuli) in „Reform- ernten“ einzubringen und in ihre Parteikrippen verteilen zu können, als die große Zentral-Elends-Gesellschaft der Zukunft.

Bei allem Weisfall, den wir der ungeheuren Scharfsichtigkeit der „B. N.“ spenden, halten wir ihre Logik doch nicht für schlüssig. Sie bedenke doch, daß die Sozialdemokratie, wenn sie wirklich die Verelendung der Rassen herbeiführen wollte, zwei viel einfachere Wege hätte: Entweder die deutsche Niederlage zu fördern, was bisher jeder Sozialdemokrat abgelehnt hat, oder aber — und da könnten uns die „B. N.“ vielleicht Gesinnungsgenossen empfehlen — den Krieg bis ins Endlose fortzusetzen!

**Der Mangel an Kartoffeln.** Die Gemeinde Dörfel bei Röll sollte der Stadt Berg-Gladbach 10 000 Zentner Kartoffeln liefern. In Wirklichkeit waren aber nur ganze 86 Zentner angeliefert. Bei einer unvermutheten Revision wurden nun in der feineswegs großen Gemeinde 5000 Zentner Kartoffeln vorgefunden. Der Bürgermeister von Berg-Gladbach stellte dies in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung fest und meinte art, „es sei wohl nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß die betreffenden Landwirte es an dem richtigen Will für die Pflicht der Allgemeinheit hätten fehlen lassen.“ Unser störrischer Parteiblatz fordert, daß auf Grund des Hilfsdienstgesetzes den Landgemeinden „unabhängige Mitarbeiter“ zur Verfügung gestellt werden müßten, die die Landwirte zu kontrollieren hätten.

### Vertreter der Industrie im Kriegsamt.

Der Geheim Kommerzienrat Heinrich Biagoseh in Leipzig, Seniorchef der Maschinenfabrik Karl Traufe, und der national-liberale Reichstags- und Landtagsabgeordnete Oberverwaltungs- rat Schiffer sind in das Kriegsamt berufen worden. Schiffer hat die Leitung der im Kriegsamt geschaffenen Rechtsabteilung übernommen.

Der Professor für mechanische Technologie an der Technischen Hochschule in Hannover, Dr. Ing. Alwin Rachtweh, ist für die Dauer des Krieges zum Kriegsreferenten am Kriegsamt (Rohstoffabteilung) berufen worden. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Jund ist in die Rechtsabteilung des Kriegsamts berufen worden.

Der Reichstagsausschuß zur Mitwirkung an der Ausführung des Hilfsdienstgesetzes ist auf den 20. Dezember einberufen. — Vorsitzender ist der Abg. Goltheim.

## Batocki

### über Nahrungsmittelversorgung.

Die an die Errichtung des Kriegsernährungsamts geknüpften Hoffnungen auf eine bessere Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln haben sich nicht erfüllt, wenn auch zum Teil infolge von Umständen, die außerhalb des menschlichen Willensbereiches liegen. Immerhin sind es nicht nur solche Gründe. Das liegt auch in einem Vortrag durch den der Präsident des Amtes, Herr v. Batocki, am Montag vor Berliner Pressevertretern hielt. Da es sich bei seinen Angaben um größtenteils bekannte Dinge handelt, geben wir nur das Wichtigste wieder.

Herr v. Batocki berief sich zunächst auf die technischen Schwierigkeiten, namentlich die völlige Unzuverlässigkeit der landwirtschaftlichen Statistik. Diese liegt aber nur zum Teil in den tatsächlichen Verhältnissen begründet, zum andern Teil in dem, was Herr v. Batocki „das ganze Fühlen und Denken des Landmannes“ nennt, dem es nicht in den Kopf wollte, daß er mit seinen Vorräten nicht frei schalten und walten dürfe. Sogar über „passiven Widerstand“ der Landwirte gegen Regierungsmassnahmen mußte Herr v. Batocki klagen.

Die erste diesjährige Getreideernte sei zwar durch die spätere Abschätzung um 1,084 Millionen Tonnen übertrieben worden, aber auch das habe eine allgemeine Ernteaussetzung der Produktion nicht ermöglicht. Als Brotzusatzmittel werde dies Jahr infolge der schlechten Kartoffelernte gewisse genommen, die am Verbrauch eripart werden soll. Einem völligen Verbot des Bierbrauens ist Herr v. Batocki abgeneigt, auch will er auf die „Stimmung in Bayern“ Rücksicht nehmen.

Die große Enttäuschung des Jahres war die Kartoffelernte. Statt 50 Millionen Tonnen im vorigen Jahre sind — nach Abzug der Saatkartoffeln — dies Jahr nur 20 Millionen genommen. Obwohl die Spiritusbrennerei bis auf die Herstellung von Munitionsspiritus eingestellt und das Verfallern der Kartoffeln ganz verboten ist, bleiben für den menschlichen Verbrauch nur 270 Millionen Doppelzentner gegen 800 Millionen im Vorjahr übrig. Dazu ist in diesem Jahre auch die Qualität schlechter. Trotzdem werden wir bis Ende Juni auskommen, im vorigen Jahre habe es infolge der Verfütterung und Spiritusbrennerei schlimmer ausgesehen.

Der Ausfall von 20 Millionen Tonnen Kartoffeln kommt gemischt einem Ausfall von 5 Millionen Tonnen Getreide gleich.

Da der Mehretrag an Getreide nur 3 1/2 Millionen Tonnen beträgt, so bleibt ein Minus von 1 1/2 Millionen. Herr von Batocki glaubt dies dadurch weit zu machen, daß in der Verteilung große Fortschritte gemacht wurden. Freilich müßte sehr vorsichtig vorgegangen werden.

Die Herstellung von Grieß, Graupen, Grütze usw. soll möglichst gefördert werden, die Verteilung systematisch nach Kartensystem geschehen. Das Aussehen will Herr von Batocki nicht gänzlich verbieten, da namentlich der Schwerarbeiter Genuß und Abwechslung im Essen brauche. Dagegen darf kein Tropfen Kartoffelknaps mehr an die Zivilbevölkerung abgegeben werden.

Für die Fleischversorgung stellt Herr v. Batocki im Februar eine Vergrößerung der Fleischration durch stärkere Abschaltungen in Aussicht. Die Fokussung auf starke Schweineproduktion hat die geringe Kartoffelernte zu nichts gemacht. Diese verursacht gleichzeitig auch die Fett- und Wuterknappheit, da Kraftfutter nicht vorhanden ist und Kartoffeln nicht verfüttert werden dürfen.

Nach einigen kräftigen Worten über den Nahrungsmittel-schmuggel, der nach wie vor auf das energischste bekämpft werden müsse, wandte sich Herr v. Batocki noch den Neben-nahrungsmitteln zu, die seiner Ansicht nach die Deffentlichkeit viel zu sehr im Verhältnis zu den Hauptnahrungsmitteln beschäftigten. An der Regelung der Obstverteilung hätten die ersten Sachverständigen mitgewirkt, ihr Gutachten aber war völlig falsch. Bei den Gärten fehle die frühere Einfuhr aus Rußland. Batocki meint, falls er Höchstpreise für Gänse festgesetzt hätte, wäre sicher überhaupt keine Gans auf den Markt gekommen. — Die Organisation der Fischversorgung ist im Sommer vorbereitet worden. Von dieser Ware sieht nur halb soviel zur Verfügung wie im Frieden, während der Bedarf viermal so groß sei. Die schwer haltbare Ware konnte erst jetzt im Winter öffentlich betriebswirtschaftlich werden.

Am Schluß hat Herr von Batocki, bei der Kritik der Nahrungsmittelverhältnisse zu bedenken, daß die Verteilung und Bewirtschaftung der Nahrungsmittel ein sehr schwieriges Problem sei. — Das geben wir gerne zu, trotzdem fordert manches, was Herr von Batocki sagte, sehr lebhaft die Kritik heraus. Wir werden es uns darum nicht nehmen lassen, an der Nahrungsmittelversorgung weiter da Kritik zu üben, wo uns Grund zur Beschwerde und Möglichkeit zur Besserung vorzuliegen scheint.

## Parlamentarisches.

### Beamte und Gemeindesteuern.

Der Einkommensteuerauschuß des Abgeordnetenhauses hat sich in mehreren Sitzungen mit dem Antrag Randler (natl.) auf Befreiung des Zivileinkommens von zum Militärdienst eingezogenen Beamten und sonstigen Wehrpflichtigen von der Gemeindebesteuerung beschäftigt, den Antrag jedoch abgelehnt.

## Aus der Partei.

### Konferenz der skandinavischen Sozialdemokratie.

IK. Das permanente, gemeinsame Komitee der Arbeiterorganisationen der skandinavischen Länder (Skandinavischer Arbeits-ausschuß) hielt am 8. und 9. Dezember in Kopenhagen eine Konferenz ab.

Mitglieder des Komitees, die alle erschienen waren, sind: Reichstagsabgeordneter Hermann Lindquist (Vorsitzender der gewerkschaftlichen Landeszentrale) und Parteisekretär W. Möller aus Stockholm, Stortingsabgeordneter Magnus Nilson, und Ole Lian (Vorsitzender der Landeszentrale) aus Kristiania. Dänemark war durch den Minister Sianning und den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes Karl F. Radson vertreten. Zur Konferenz waren auch die Chefredakteure der Zentralorgane der skandinavischen Partei: Branting, Jac. Widnes und Borgbjerg eingeladen, von denen aber der erstere wegen Krankheit nicht erscheinen konnte.

Die Beratungen, die in den Räumen des Gewerkschaftsbundes stattfanden, wurden von Radson als Vorsitzendem geleitet. Der Bericht über die Tätigkeit des vergangenen Jahres wurde nach einer kürzeren Debatte genehmigt.

Es wurden eingehende Debatten geführt über die auswärtigen Verhältnisse, die mit dem Weltkriege im Zusammenhang stehen, sowie über die Lage der neutralen Länder. Das Resultat waren zwei Beschlüsse.

Der eine will die Arbeit für den Frieden organisieren. Er wendet sich an die Bruderorganisationen der Kriegführenden Länder und bittet angeichts der durch den Krieg verursachten Leiden von neuem die Leitungen der Parteien sowie die einzelnen Parteigenossen zu überlegen, was die Sozialdemokratie dagegen ausrichten könne.

Die Resolution spricht weiter dem Internationalen Sozialistischen Bureau den Dank aus für seine Friedensvermittlungsbemühungen und fordert das Exekutivkomitee auf, Schritte zu einer Beratung zwischen den Parteien zu tun.

Die zweite Resolution befaßt sich mit der Neutralität Skandinaviens. Die Konferenz spricht die Erwartung aus, daß die Organisationen und parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie fernerhin wie bisher alle Bestrebungen zur Wahrung der Neutralität unterstützen und verfolgen werden, einen möglichst großen Einfluß auf die Lebensinteressen der arbeitenden Völker zu gewinnen.

### Von der schweizerischen Sozialdemokratie.

Die Geschäftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei veröffentlicht in der Parteipresse die Einberufung des außer-ordentlichen Parteitagess auf den 10. und 11. Februar 1917 nach Bern mit dem Hauptberhandlungsgegenständen: Stellungnahme zu den Beschlüssen von Anttal und die Partei und die Militärfrage.

Bei den Neuwahlen im Kanton Neuenburg hatte unsere Partei in den letzten Tagen doch noch zwei Kandidaten für die Regierung in den Genossen Gruber und Wenger aufgestellt, die 7011 bzw. 6982 Stimmen erhielten gegen 12 024 bis 13 489 Stimmen, mit denen die bisherigen fünf bürgerlichen Minister wiedergewählt wurden. Für den 111 Mitglieder zählenden Kantonsrat ist die sozialdemokratische Vertreterzahl von 83 auf 84 gestiegen, denen 49 Radikale und 28 Konservative gegenüberstehen.

Der Grätli-Turnverband hat auf seiner Delegiertenversammlung die Loslösung vom Grätliverein und die Gründung eines schweizerischen Arbeiter-Turnverbandes beschlossen.

### Die englischen Arbeiterminister.

Ueber den Lebenslauf der englischen Arbeiterminister berichtet Genosse Beer in der IK:

Arthur Henderson wurde im Jahre 1863 in Schottland geboren. Nach Beendigung der Volksschule trat er als Form-lehrer in eine große Metallfabrik ein und schloß sich im Jahre 1883 seiner Organisation an. Nach wenigen Jahren wurde er zum Gewerkschaftsbeamten gewählt. Als Politiker war er liberal und wirkte einige Zeit als Wahlagent der liberalen Partei. Er war Stadtrat in Newcastle, dann Bürgermeister von Darlington. Am diese Zeit war die im Jahre 1900 eufstehende Arbeiterpartei (Labour Party) schon kräftig genug, um in den Wahlen einzutreten. Bei einer Wahlwahl in Barnard Castle (Durham) im Jahre 1903 wurde Henderson als Arbeiterkandidat gegen die Liberalen und



Konserativen aufgestellt und — gewählt. Vom Jahre 1905 bis zum Mai 1915 war er teils Vorsitzender, teils Sekretär der Arbeiterpartei. Nebenbei predigte er als Methodist in den Kirchen seiner Sekte. Im Mai 1915 trat er mit Zustimmung der Partei in die Koalitionsregierung ein. Im Laufe von anderthalb Jahren war er Unterrichtsminister, Arbeitsminister und Pensionsminister. Einer seiner Söhne, Hauptmann Henderson, fiel an der Somme.

John Lodge ist im Jahre 1865 geboren. Er genoss eine ziemlich gute Schulbildung, trat dann als Lehrling in eine Stahlfabrik ein, gründete die Organisation der Stahlhämmer und war auch als Gemeindepolitiker in Glasgow tätig. Im Jahre 1892 führte er den Vorsitz des Gewerkschafts-Kongresses. Ein Jahr später war er als Delegierter auf dem Züricher internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongress, von dem er als begeisterter Sozialist zurückkam. Seit dem Jahre 1906 sitzt er im Parlamente als Vertreter von Gordon Lanchashire. Im Jahre 1915 war er Fraktionsführer und zeichnete sich durch seine schützjüdischen und chauvinistischen Reden aus.

Georges Barnes sieht gegenwärtig im Alter von 57 Jahren. Lohnarbeiter von Jugend auf, erzielte er eine starke gewerkschaftliche Tätigkeit im Maschinenverband und war dessen Sekretär vom Jahre 1896 bis 1898. Er führte den großen Maschinenstreik vom Jahre 1897/98 und kam hierbei in engere Verbindung mit der deutschen Gewerkschaftswelt. Er ist auch Verfasser einer kleinen Broschüre über Karl Marx. Bei der Gründung und Verwaltung der Arbeiterhochschule „Austlin College“ in Oxford spielte er eine bedeutende Rolle. Seit dem Jahre 1906 ist er parlamentarischer Vertreter von Bradford (Glasgow). Sein einziger Sohn — ein Sozialpolitiker — trat bei Kriegsausbruch ins Heer ein, wurde zum Leutnant befördert und fiel im Herbst 1915 in der Schlacht bei Loos.

## Aus Groß-Berlin.

### Die Misere in der Milch- und Fettversorgung.

Im Sitzungssaal des Herrenhauses fand eine vom Verein aus dem Landwirtschafskammer für die Provinz Brandenburg veranstaltete Versammlung der märkischen Landwirte statt, in der der Leiter der Reichsfettstelle, Landrat von Grävenitz-Perleberg, über die Milch- und Fettversorgung sprach. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes: „Im Mai d. J., einem der besten Milchherzeugungsmonate als der Handel noch vollkommen frei war, war die Milch- und Fettversorgung in denjenigen Industriebezirken, auf deren ausdauernder Arbeit die Schlagfertigkeit unseres Heeres beruht, absolut unzureichend. Die Zahlen, die ich bei der Übernahme meines Amtes im Juli d. J. erhielt, waren einfach niederschmetternd.

In einer ganzen Reihe von Kreisen und Gemeinden ist es viele Wochen nur möglich gewesen, eine Fettration von 40 bis 50 Gramm zu verteilen, zeitweise hat sogar Wochen hindurch in einzelnen Kommunalverbänden nicht ein Gramm Fett zur Verfügung gestanden! Die Folge war, daß nachgewiesenermaßen in zahlreichen industriellen Werken die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft bis um 30 Proz. zurückging, und zwar wegen Unterernährung, aus Mangel an Fleisch und Fett. Diese Notlage zwang zu einer Regelung durch Reich und Staat. — Der größte Feind der öffentlichen Butterbewirtschaftung — so führte der Redner weiter aus — sei die eigene Verbutterung mittels der Handzentrifugen. Der zweite Feind sei der wilde Butterhandel. Ein Landrat, der vor einiger Zeit die Durchsuchung eines nach Berlin führenden Bages vornahm, hat auf einer einzigen Station 68 Pfund Butter und 230 Liter gefunden. Sehr nachteilig sei auch die weitgehende Milchverfütterung an Mastkälber. Die Aufstellung von Mastkälbern müsse er in der Kriegszeit überhaupt verurteilen. Wenn trotz allem die Aufstellung von Mastkälbern über Gebühr weiter erfolge, so werde er beim Präsidenten v. Batocki den Antrag stellen, mit Zwangsmitteln, vielleicht durch starke Herabsetzung der Preise für Mastkälber, einzuwirken. Im übrigen hoffe er, daß der Appell an die freiwilligen Spenden der Landwirtschaft nicht ungehört verhallen werde, usw.

### Die Brotversorgung an den Weihnachtstagen.

Durch die Verfügung betr. des Verkaufs von Lebensmitteln an den Weihnachtstagen droht der Bevölkerung schwere Not in ihrer Brotversorgung. Es liegt auf der Hand, daß die meisten Leute mit ihrem Brot aus der Woche vom 18.—24. Dezember nur eben bis zum heiligen Abend reichen werden, der ja auf einen Sonntag fällt. Da nun der Brotverkauf für den 1. Feiertag nur für die Zeit von 6—10 Uhr morgens freigegeben worden ist, so bedeutet das, daß Hunderttausende sich bereits zu nächstlicher Zeit rüsten müssen, um zu den sicher schon um 4 Uhr früh beginnenden Brotpolonäsen rechtzeitig antreten zu können. Sollte es wirklich nicht möglich sein, im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse den Brotverkauf für die Weihnachtswoche einmal schon für Sonntag (Heiligabend) freizugeben, wo die Geschäfte wenigstens von 6—10 und 12—4 Uhr geöffnet sein dürfen? Einen Tag im Jahr sollte man die Bevölkerung wahrhaftig mit der Lebensmittelfrage verschonen. Deshalb wünschen wir dringend, daß der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen mit seinen bezüglichen Eingaben an Oberkommando und Polizeipräsidium Erfolg haben möge, bei dem letzteren auch deshalb, weil die Schutzmannschaft von der Aussicht auf eine umfangreiche Polonäsenüberwachung in der Weihnacht sicher nicht erbaudt sein wird.

Zu dem gleichen Gegenstand wird uns von anderer Seite geschrieben: Am 1. Feiertag, Montag, müssen nach den gesetzlichen Vorschriften die Läden von früh 6—10 Uhr geöffnet sein. Um jedoch dem Verlangen der Bevölkerung nach Brot und Fett zu genügen, will der Arbeitsausschuß der Preisprüfstelle Groß-Berlin beim Polizeipräsidium dahin vorstellig werden, daß die Geschäfte am ersten Feiertag von 8—10 Uhr und von 12—2 Uhr und am 2. Feiertag von 6—10 und 12—3 Uhr geöffnet sind. Diese Maßnahme ist geeignet, den größten Unwillen nicht nur unter dem Verkaufspersonal, sondern auch in Verbraucherkreisen herbeizuführen. Denn wenn das Polizeipräsidium auf die Wünsche der Preisprüfstelle nicht eingeht, so werden wir das Schauspiel erleben, daß am ersten Weihnachtstagsfrüh von vor 6 Uhr an, also während es noch stockdunkel ist, Brot, Butter, Kartoffelpolonäsen usw. auf den Straßen Berlins beginnen, die natürlich auch bis 10 Uhr sich nicht verlaufen haben dürfen. Erfüllt aber das Polizeipräsidium den Wunsch der Preisprüfstelle, dann haben wir zwar diese Polonäsen erst von 8 Uhr an, aber die um 10 Uhr nicht Abgefertigten werden dann gleich bis zur Wiedereröffnung um 12 Uhr warten und das Publikum, auf das man Rücksicht nehmen will, vertriebt den ganzen Tag mit dem Einkäufen der notwendigen Lebensmittel.

Wir würden daher eine anderweitige Lösung empfehlen. Man könnte in diesem Ausnahmefall den Geschäftsleuten einfach erlauben, die Lebensmittelkarten schon am Sonntagabend vor Weihnachten oder am heiligen Abend anzunehmen, damit wenigstens die Feiertage über Publikum und Verkaufspersonal Ruhe hätten, denn in dieser nervenverzehrenden Zeit ist jedem ein bißchen Ruhe zu gönnen.

Wie wir hören, hat auch die Berliner Handelskammer an den Magistrat einen dahingehenden Vorschlag gerichtet, der aber den Vorzug hat, daß er sich auch auf Sonntag, den 31. Dezember, als den Tag vor Neujahr erstreckt und die Freigabe sämtlicher Lebensmittelkarten bereits zu Sonntag statt Montag, den 21. und 31. Dezember wünscht.

Der Zweigverband der Bäckermeister Groß-Berlins hat an das Kriegsamt eine Eingabe gerichtet, worin er darauf hinweist, daß die Groß-Berliner Bäckerbetriebe gegenwärtig ganz außerordentlich unter dem Mangel an Kohlen zu leiden haben. Die Vorräte, die vorhanden waren, gingen meist in diesem Monat zu Ende. Es sei nicht möglich gewesen, genügende Mengen an Kohlen zu erhalten, und viele Bäckereien hätten schon jetzt mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich von Tag zu Tag verschärften. Wenn das Kriegsamt nicht für größere Lieferungen Sorge, könne es dazu kommen, daß in Berlin aus Mangel an Kohlen kein Brot mehr hergestellt werden könne.

### Die Gastwirte und das Hilfsdienstgesetz.

Von berufener Seite erhalten wir die folgenden sehr beachtenswerten Darlegungen:

Wenn der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen das Gastwirts-gewerbe bisher schon äußerst fühlbar getroffen hat, so stehen ihm jetzt härtere und schmerzhaftere Eingriffe bevor. Der Auschank alkoholischer Getränke mußte — das bedingte die Volksernährung — immer mehr eingeschränkt werden; ein entsprechender Erlag wurde nicht geboten. Es fehlt an Kaffee, Tee, Kakao und Milch. Jetzt haben die Bierbrauereien die Bierlieferung erneut eingeschränkt. Der Vegetar nach Mineralwasser ist im Winter sehr gering; überdies: Wasser bekommen die Menschen jetzt in Empfen und Gemüsen ohnehin reichlich genug, so daß sie auf erweiterte Wasserversorgung gern verzichten. Die Verabreichung von Speisen stößt auf immer größere Schwierigkeiten. Entweder gibt es überhaupt keine Rohmaterialien, oder sie sind so teuer, daß die Hergabe von Speisen zu den allgewohnten Preisen unmöglich geworden ist. Nur um den Gästen etwas zu bieten, erwerben viele Gastwirte Waren zu fabelhaften Preisen unter der Hand. Wurde schon in Friedenszeiten in den kleinen Lokalen an dem Essen bares Geld draufgelegt, so ist es für viele jetzt geradezu unmöglich, die bescheidenen Wünsche ohne große Opfer zu befriedigen. Nur in den Lokalen, wo wohnhabende Steuergewinner verkehren, lohnt sich das Geschäft noch; aber die Mehrzahl der Gastwirte leidet bitter unter den Kriegsmassnahmen und der Lebensmittelknappheit und -teuerung. Bedenklich schrumpft bei ihnen der Umsatz zusammen; die Einnahmen werden immer geringer. Nur durch Nebenbeschäftigung können sie sich über Wasser halten. Den verringerten Einnahmen stehen die allgemein steigenden Unkosten gegenüber. Pünktlich sollen die Mieten, Steuern, erhöhten Abgaben für Beleuchtung, Heizung usw. bezahlt werden. Zahlreiche Wirte fühlen nur zu sehr die Drossel, die ihr wirtschaftliches Leben abzukümmern droht und sie nicht mehr frei aufatmen läßt.

Das Hilfsdienstgesetz wird voraussichtlich die Zahl dieser Opfer noch beträchtlich steigern. Zunächst lassen die Einberufungen die Zahl der Gäste immer härter zusammenschmelzen. Als weiteres Erwünschtes kommen hinzu: die noch mehr verkürzte Polizeistunde, die Einschränkung der Vergnügungsveranstaltungen und die Begrenzungen im Verbrauch von Heizung und Beleuchtung. Die Sorgen, die jetzt jede Hausfrau belästigen, drücken und ämpern den Gastwirt doppelt. Und nachdem sich das Hilfsdienstgesetz mit seinen Folgeerscheinungen nötig machte, entsteht für tausende Groß-Berliner Gastwirte die Frage: Was nun? Vielen droht der Untergang, wenn nicht neue Existenzmöglichkeiten geschaffen werden. Die mühselig erworbenen Existenzmittel fließen in den Einrichtungen. Die Hauswirte haben sie meistens schon längst für rückständige Miete mit Verschlag belegt. Schulden sind aufgehäuft, ohne Aussicht, wann sie bezahlt werden können. Die Hausbesitzer quittieren die erhaltenen Miete nur „a lonto“. Das von Brauereien gekaufte Inventar bleibt so lange Eigentum der Brauerei, bis es voll abbezahlt ist. Die amortisierten Beträge sind verloren, wenn der Wirt das Geschäft jetzt schließen muß.

Die gesamten Verhältnisse drängen immer mehr zur Aufhebung der Rassenpeinigung. Ferner kommt es darauf an, die Arbeitskräfte gut auszunutzen und den zwecklosen Verbrauch von Nahrungsmitteln zu verhindern. Da ist dann die Frage zu erwägen, ob nicht die bestehenden Gastwirtsbetriebe dem Dienst der allgemeinen Verpflegung nutzbar gemacht werden könnten. Sei es unter der Regie der Gemeinden oder indem die Gastwirte sozialgen als Verwalter die von der Gemeinde gelieferten Rohstoffe für allgemeine Speisungen herrichten und verabfolgen.

In einzelnen Großstädten hat sich das gemischtwirtschaftliche System der Rassenpeinigung außerordentlich bewährt. Die Münchener Stadtverordnetenversammlung erkannte unter vielen anderen die Notlage der Wirte an, und es wurde der Vorschlag gemacht: Die Stadt liefert den Wirten das fertige Essen, diese geben es an die Gäste ab und liefern dazu Vieh, Geschirre usw.; dafür können sie von den Gästen, die nicht gern Volkstischen aufsuchen und lieber am gedeckten Tisch in einem Gasthaus essen, einen Zuschuß zum Volkstischpreis verlangen. Bei der Vorbereitung des öffentlichen Speisebestandes in den Gastwirtsbetrieben könnten die bestehenden Berufsverbände gute Dienste leisten.

Berlin hat ja bereits seine Zentralküchen und Ausgabestellen eingerichtet; aber — aus hier müßte noch von dem bürokratischen Schema abgetrennt werden. Soll die Rassenpeinigung ihren Zweck erfüllen, wird auch in Groß-Berlin noch eine Ausgestaltung leidet in der angegebenen Richtung zu empfehlen sein. Für die Gastwirte selbst aber ist es ein Gebot der Stunde, den mittleren Volksschichten eine Verpflegung, die den Anforderungen der Zeit entspricht, zu ermöglichen.

Daß sich die große Mehrzahl der kleineren Gastwirte in einer Notlage befindet, ist unbestreitbar. Auch andere Erwerbsstände leiden schwer darunter. In der allgemeinen Volksernährung wäre es möglich, viele durch die Konsequenzen des Hilfsdienstgesetzes in Mitleidenschaft gezogene Gastwirtsbetriebe vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Auch viele Restaurationsräume, besonders Säle, könnten in den vaterländischen Hilfsdienst gestellt werden, indem man sie als Kinderhort, Heime für die schulpflichtige Jugend u. a. benutzte. Denn solche Einrichtungen sind unumgänglich notwendig, damit den Kindern, deren Mütter der Erwerbsarbeit nachgehen, die nötige Pflege, Wartung und Aufsichtigung zuteil wird.

### Die Polizeistunde für Berlin.

Vom morgigen Freitag an ist die Polizeistunde auf 11½ Uhr festgesetzt worden. Es haben dann alle Wirtschaften und Kaffeehäuser zu schließen, die bisher bis 12 oder 1 Uhr nachts offenhalten durften. Alle Lokale, die bisher um 11 Uhr schließen mußten, dürfen auch für die Folge bis 11 Uhr offen halten.

### Denen gönnt' ich's!

So gabelt faulen die Schläge auf das rumänische Heer nieder, jeder Hauptquartierbericht meldet neue Niederlagen dieses jüngsten und unglücklichsten Teilnehmers am Dauerkrieg. Und oft hört man beim Eintreffen dieser Nachrichten die Ausrufung: „Denen gönnt' ich's!“

Was heißt das? Kann sich jemand über die Opfer des Krieges

freuen, auf welcher Seite immer sie fallen? Haben wir irgend-einen Beweis dafür, daß das rumänische Volk den Krieg gewollt habe? Wissen wir nicht vielmehr aus der Zeit unmittelbar vor dem rumänischen Kopfsprung in den Weltkrieg, daß auch dort Rundgebungen gegen den Krieg stattanden, daß dort sogar, in Galaz, das Blut der Demonstranten floß? Und beweisen nicht die von deutscher Seite veröffentlichten rumänischen Befehle, wie gering der Kampfeswille im Heere des Königs Ferdinand ist?

Die Kriegstreiber jedoch, die Bratiann, Joneacu, Mila — um nur die bekanntesten zu nennen — sitzen fern vom Schauplatz. Und wenn die Ruhe, die nach Bethmann Hollwegs Wort Rumänien zahlt, noch so schwer wiegt — diese Herren wird sie nicht am Schwertstücken drücken. Auch Napoleon III., Ollivier, Gramont und Mac Mahon brauchten nach Sedan nicht als Vorkämpfer in ihr Brot zu suchen.

Also: wem „gönnt' ich's“?

Von der Futterverorgungsstelle des Magistrats wird darauf hingewiesen, daß diejenigen Einwohner Berlins, die beabsichtigen, ihren Futter von einem anderen als dem bisherigen Händler zu beziehen, dieses bis 10 Tage vor dem 1. Januar 1917 bewirken müssen. Nur diejenigen, die eine Veränderung vornehmen, müssen sich von dem bisherigen Lieferanten eine Bescheinigung darüber geben lassen, daß und von welchem Tage sie in dem Kundenverzeichnis gelöscht worden sind. Mit dieser Lösungsbescheinigung haben sie sich an denjenigen Kaufmann zu wenden, von dem sie für die Folge ihren Futter beziehen wollen. Bei der Anmeldung beim neuen Lieferanten muß die Bescheinigung über die Löschung beim alten Lieferanten vorgelegt und dem neuen Lieferanten abgegeben werden. Der neue Lieferant muß diese Bescheinigung abnehmen und den Kunden in sein Kundenverzeichnis aufnehmen und muß, falls es von dem Antragsteller gewünscht wird, hierüber eine Bescheinigung ausfertigen unter Angabe derjenigen Nummer, unter der der Kunde in sein Verzeichnis eingetragen ist. Hierbei empfiehlt es sich, daß der Kunde den neuen Lieferanten davon aufmerksam macht, seine Kundenkarten mit der Firma des neuen Lieferanten zu versehen. Sein Kaufmann darf, ohne daß der Kunde in sein Verzeichnis eingetragen ist, an diesen Futter abgeben. Besonders wird noch darauf hingewiesen, daß es nicht erforderlich ist, bei der Futterverorgungsstelle Lösungen und Eintragungen in das Kundenverzeichnis zu beantragen. Hiermit hat die Futterverorgungsstelle gar nichts zu tun.

Damit jeder einzelne Wiederbekäufer rechtzeitig den Futter vom Großhandel anfordern kann, muß unbedingt die Frist der Lösung und Eintragung in das neue Kundenverzeichnis eingehalten werden. Wer diesen Termin verjährt, wird es sich gefallen lassen müssen, seinen Futter erst später zu erhalten, weil der Wiederbekäufer erst auf Grund der Abmeldebefcheinigung den Futter vom Großhandel anfordern kann.

Vorausbestellungen von Kartoffeln usw. sind nach Ansicht der Preisprüfstelle fraglich. Die angestrengt tätige Personen, dann zu Kartoffeln kommen sollen, verschneit die Preisprüfstelle. Daß die Käufer, die von einem Händler zum anderen laufen, bezorgert werden, weil sie viel Zeit zum „Hamstern“ haben, schreit der Preisprüfstelle unbekannt zu sein.

Für Kleingartenbesitzer. Die Zentralstelle für den Gemüsebau im Kleingarten in Berlin W 8, Behrenstraße 50/52, bietet zur sofortigen Verteilung an Kleingartenbesitzer ein Werkblatt über die Düngung im Kleingarten an. Da die richtige Düngung von größter Bedeutung für den Fruchttertrag ist, so kann allen Kleingartenbesitzern und -vereinen der baldige Bezug des Werkblatts durch die genannte Zentralstelle nur dringend empfohlen werden.

Keine Abkürzungen bei Feldpostsendungen. Seit einiger Zeit mehrten sich in auffälliger Weise die Feldpostsendungen, in deren Aufschrift der Truppenteil des Empfängers nicht angegeben, sondern mit unverständlichen Abkürzungen wiedergegeben ist. Namentlich kommen Bescheinigungen vor, die nur aus einzelnen Buchstaben bestehen oder eine mehrfache Deutung zulassen. Solche Aufschriften können von den Postbeamten überhaupt nicht oder erst nach vieler Mühe entziffert werden. Die Sendungen müssen daher als unbestellbar an die Absender zurückgegeben werden oder erlauben zum mindesten Verzögerungen in der Abfertigung. Es kann also den Absendern zu ihrem und der Empfänger Besten nur dringend geraten werden, in der Aufschrift der Feldpostsendungen alle unverständlichen Abkürzungen zu unterlassen und den Truppenteil in deutscher, jeden Zweifel ausschließender Form anzugeben.

Ein Vortrag über Tuberkulose. Zusammen mit der Berliner medizinischen Gesellschaft hat der Magistrat im Langenbeck-Wirchow-Haus, Luisenstr. 58/59, gemeinschaftliche Vortragsabende auch in diesem Winter vorgelesen. Zunächst wird Geheimrat Professor Dr. Orth am nächsten Sonnabend, 16. Dezember, abends 8 Uhr, über „Die Tuberkulose, ihr Wesen, ihre Bedeutung, ihre Beziehungen zu gewerblichen Unfällen“ sprechen. Die Verteilung der Lose in freien Eintrittskarten erfolgt durch die Bezirksvorsteher; auch im Langenbeck-Wirchow-Haus sind Eintrittskarten am Vortragsabend selbst erhältlich.

Der Inhaber einer Berliner Dosenhinkensfabrik teilt uns mit, daß er demnächst in Neu-Gringeborsdorf 400 Kriegswaisen mit Kaffee und Kuchen bewirten und mit je einer Gänsebrust und 5 Pf. beschenken werde. Nach der Bescherung werde er die Kinder mit dem Dampfer „Wintermärchen“ zurückzuführen lassen.

Wir glauben in dem Sinne des uneigennütigen Wohlwärters zu handeln, wenn wir seinen Namen nicht in die Öffentlichkeit zerren, denn wie lag doch die Heilige Schrift? „Wenn du Almosen gibst, so soll deine Linke nicht wissen, was deine Rechte tut!“

Auf die Reise nach der Türkei haben sich der 18 Jahre alte Banklehrling Robert Sch. und sein 19jähriger Bruder, der Schüler Kurt Sch. aus Charlottenburg gemacht. Beide scheinen adreventlich veranlagt zu sein. Kurt wollte im Oktober schon einmal nach der Türkei, kam aber nur bis Wien. Trotz des Mißerfolges gab er den Plan nicht auf. Nach seiner Rückkehr arbeitete er mit seinem Bruder zusammen neue Reisepläne aus, die wieder nach der Türkei führten. Am 4. d. M. verschwanden dann unter Mitnahme von 400 M. beide aus der Wohnung.

Der Schlosser Franz Steiner, der einen Mordanschlag auf seine Frau verübte, hat sich jetzt selbst der Behörde gestellt.

Wegen eines gefährlichen Brandes wurde am Mittwochabend um 8 Uhr die Feuerwehrt nach der Neuen Schönhauser Straße 30, Ecke Mühlstraße, gerufen. Dort stand eine Wäsche- und Trikotfabrik in großer Ausdehnung in Flammen. Anfanglich vermehrte Personen haben sich familiär rechtzeitig in Sicherheit gebracht.

## Aus den Gemeinden.

Trappow. Die Gemeinde hat drei weit auseinanderliegende Ortsteile, aber nur zwei Magerflächen. Die eine Wegstunde von einander getrennt liegen. Der mittlere Ortsteil, in dem zahlreiche Arbeiter wohnen, besitzt keine. Es wäre dringend erwünscht, daß hier wenigstens eine Magerflächenfläche eingerichtet würde, in der nicht selber gekocht zu werden brauchte, sondern das fertige Essen zur Abholung bereitgestellt werden könnte.

Stätsberg. Statt des bisher in jedem Winter gewährten warmen Reißbrot soll vom 15. Dezember an warmes Mittagbrot unentgeltlich an bedürftige, in der körperlichen Entwicklung zurückgebliebene Schulkinder verabfolgt werden.

Kenlsdorf. In den Räumen der Schule Mahlotter Straße wird demnächst eine fünfte Volksschule eingerichtet werden. Eine sechste Klasse soll in Verbindung mit einer Krankenschule in den Passagierhäusern, Vergstraße, eröffnet werden.



